

DER RECHTSPOSITIVISMUS: DIE SUCHE NACH EINEM EMANZIPATORISCHEN PARADIGMA DES SOZIALEN KONFLIKTS IN BRASILIEN

POSITIVISMO JURÍDICO: A BUSCA DE UM PARADIGMA EMANCIPATÓRIO FRENTE AOS CONFLITOS SOCIAIS NO BRASIL

LEGAL POSITIVISM: THE SEARCH OF AN EMANCIPATORY PARADIGM IN FRONT OF SOCIAL CONFLICTS IN BRAZIL

José Fernando Vidal de Souza¹
Orides Mezzaroba²

Sumário: Introdução. 1 O Desenvolvimento do positivismo no Brasil. 2 Conflitos Sociais e Positivismo Jurídico no Brasil. Considerações Finais. Referências.

Zusammenfassung: Der vorliegende Aufsatz hat als Ziel, die Rolle des Rechtspositivismus im brasilianischen Kontext und seine Konfrontation mit Umweltfragen zu untersuchen. Zunächst wird besagt, dass der Rechtspositivismus den epistemologischen Wünschen der modernen Wissenschaft vollständig dient, während dieser die Dichotomie Staat/Zivilgesellschaft durch die globalisierte, kapitalistische Wirtschaftspraxis regelt. Andererseits, jedoch, entstehen aufgrund der Umweltkomplexität die Dichotomien, und das erfordert eine Antwort, die der Rechtspositivismus nicht geben kann. Der Grund dafür ist, dass sein Gegenstand synthetisiert ist und er den Menschen im Weltkontext identifiziert und nicht als etwas Einzigartiges, Individuelles oder Absolutes. Damit schlägt die Umweltepistemologie eine Solidaritätspolitik der Menschen und der Unterschiede vor. Die Wissenskrise stimmt mit der Krise im umweltlichen Bereich überein, denn das Umweltwissen gibt sich nicht mit einer rationalen und homogenen Weltanschauung zufrieden. Es wird somit bestätigt, dass einerseits der Positivismus einen Abbruch des Konsens verursacht, andererseits das Umweltwissen nach der Transzendenz des existierenden Individualismus im sozial-politisch-wirtschaftlichen Prisma sucht. Die vorliegende Arbeit hat als Ziel festzustellen, wie das Individuationsverfahren aufgebaut wird und wie unsere kulturellen und sozioökonomischen Idiosynkrasien entstehen, mit dem Ziel, eine sozialere Welt zu schaffen.

Schlüsselwörter: Rechtspositivismus. Umweltrecht. Emanzipatorische Paradigma. Neues Wissen.

Resumo: O presente texto se propõe a examinar o papel do positivismo jurídico na realidade brasileira e o seu confronto com as questões

¹ LL.M in Rechtswissenschaftan der Pontificia Universidade Católica de São Paulo; Doktor in Rechtswissenschaftan der Pontificia Universidade Católica de São Paulo; Postdocdurch das Centro de Estudos Sociais da Faculdade de Economia da Universidade de Coimbra; Postdocdurch die Universidade Federal de Santa Catarina; Abschluss in Philosophiedurch die Pontificia Universidade Católica de Campinas; Professor der Universidade Metodista de Piracicaba und der Universidade Paulista; Staatsanwalt der Region São Paulo. E-mail: vidalsouza@uol.com.br.

² Professor der Master und Promotionsprogramme der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universidade Federal de Santa Catarina; Beitragsprofessor des Masterprogramms der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Uninovevon São Paulo; Forscher (Modalität Produktivität) des CNPq. E-mail: ordidesmezza@gmail.com

ambientais. Por primeiro, vê-se que o direito positivo atende plenamente aos anseios epistemológicos da ciência moderna à medida que ordena a dicotomia Estado/sociedade civil, mediante a prática econômica capitalista globalizada. De outro lado, no entanto, a complexidade ambiental faz surgir as dicotomias e exige uma resposta que não se satisfaz com as explicações do positivismo jurídico, pois o seu objeto é conglobante e identifica o ser no mundo e não o toma como a ideia de uno, individual ou absoluto. Desta maneira a epistemologia ambiental traduz uma política de solidariedade do ser e da diferença. A crise de conhecimento coincide com a crise no âmbito ambiental, pois o saber ambiental não se contenta com uma leitura racional e homogênea do mundo. Tem-se, pois, que de um lado o Positivismo promove uma ruptura com o senso comum, enquanto de outro o saber ambiental busca a transcendência da individualidade existente na dimensão socio-político-econômica. A proposta ora apresentada é a de pensar como se constrói o processo de individuação e como surgem as nossas idiosincrasias culturais e socioeconômicas, procurando criar um mundo mais voltado para o social.

Palavras-chave: Positivismo Jurídico. Direito Ambiental, Paradigma Emancipador. Novos Saberes.

Abstract: This paper proposes to examine the role of legal positivism in the Brazilian reality and its confrontation with environmental issues. At first, we see that the positive law fully complies with the epistemological anxieties of modern science as ordering the dichotomy state/civil society through the globalized capitalist economic practice. On the other hand, however, the environmental complexity gives rise to the dichotomy and requires a response that is not satisfied with the explanations of legal positivism, because its object is conglobant and identifies being in the world and not like the idea of taking one individually or all. Thus, epistemology translates an environmental policy of solidarity and of being the difference. The crisis of knowledge coincides with the crisis within the environment, because the environmental knowledge is not satisfied with a rational reading and homogeneous world. It has, therefore, that on the one hand promotes positivism a break with common sense, while the other seeks the environmental knowledge transcendence of individuality exists in the socio-political and economic. The present proposal is to think how to build the process of individuation and how come our socio-economic and cultural idiosyncrasies, seeking to create a world more focused on the social.

Keywords: Legal Positivism. Environmental Law. emancipatory paradigms. new knowledge.

EINFÜHRUNG

Der Rechtspositivismuserlaubt der Wissenschaft noch heute ein sogenanntes Wissen (bzw. die Erkenntnisse) wird zweifellos in den Süden übertragen, vor allem durch internationale Agenturen.

So wird die Wissenschaft als eine Ware angesehen, die konsumiert werden kann, denn sie wurde schon geprüft und zugelassen. Diese Denkweise betont die verschiedenen Dichotomien zwischen Nord und Süd, wie zum Beispiel Kenntnis/Unkenntnis, Zentrum/Peripherie, lehren/lernen, rational/primitiv usw.

Die kontrollierte und geschätzte Wissenschaft, als Ware gehandhabt, betont den Kapitalismus als Bestimmungslogik einer globalisierten, neoliberalen und modernen Gesellschaft, welche die kartesische, anthropozentrische Logik übernimmt und die Natur instrumentalisiert, durch die Anwendung von Finanz- und Währungsbegriffen als Regularium der Politik und der Gesellschaft.

Auf diese Weise schlägt die Wissenschaft ein Reduzierungsmodell als Herrschaftsform der verschiedenen Wissensarten vor, das einen Dialog verhindert, die Werte für das Monopol der Rationalität auflöst und die Vorherrschaft der Technik aufzwingt.

Dieses kartesische und reduzierte Modell führt zu einem kompletten Mangel an Alterität und ruft eine falsche Auslegung der Realität hervor, was eine Marginalisierung und Subalternität der Weltbevölkerung verursacht. So werden die verschiedenen Kulturformen und die dazugehörigen, sozialen Gruppen ignoriert, mit einer eindeutigen Missachtung der verschiedenen Identitäten.

Im brasilianischen Bereich ist das Umweltrecht vorwiegend von wirtschaftlichen, politischen und sozialen Maßnahmen geprägt, was Ausbeutung, Kolonialismus, Armut und Ausschluss zur Folge hat. Brasilien hat riesige Naturschätze und ist zudem das Land mit der größten Biodiversität der Welt. Aber seit seiner Entdeckung leidet es unter der Herrschaft einer Ausbeutungskultur, gemäß der damaligen wirtschaftlichen Interessen der portugiesischen Krone. Obwohl im Laufe der Zeit die eine oder andere Gesetzgebung erlassen wurde, herrschten meistens die Francis Bacon Ideen über die Herrschaft der Natur durch den Menschen.

Gemäß dieser Ansicht vertritt die Umweltfrage anfangs die Interessen eines kleinen Teils der Bevölkerung, welche die Macht durch Oligarchien ausübt, die das Land mit Monokulturen für den Export ausbeuten, durch Sklavenarbeit und später durch Lohnarbeit und manchmal durch Sklavenarbeit von Einwanderern.

Während dieser Zeit wurde das Recht unter der Schirmherrschaft des Positivismus aufgebaut, was den Anfang der Republik in Brasilien stark kennzeichnet. Brasilien verliert allmählich seine Agrarkultur in Richtung Industrialisierung, vertieft die Natúrausbeutung unter Rechtfertigung der Entwicklung und des Fortschrittes, was für alle von Nutzen sein würde.

Der Liberalismus erlaubte, nach und nach, dass der Kapitalismus die Regeln des Staates diktiert und gründete damit ein hegemonisches Denken. Der Industrialisierungsprozess in Brasilien war in der Tat sehr schnell und hatte unvergleichbare, gesellschaftliche Traumata zur Folge, denn in weniger als 30 Jahren hat sich die Mehrheit der Bevölkerung vom Land in Richtung Stadt bewegt.

Die Schwellung der Bevölkerung in den großen Städten - zusammen mit Arbeitslosigkeit, Identitätsverlust und niedrigem Lohn - führt zur Entstehung von Elend und Ausschluss. Damit blühen die Umweltprobleme auf. Zunächst steigt die Luftverschmutzung drastisch wegen der Staatspolitik, die jegliche Art von Industrietafelung zulässt, ohne ihre Tätigkeiten zu kontrollieren. Dazu kommt der Mangel an Arbeitsplätzen einer großen Menge der Bevölkerung, die gezwungen ist, in Favelas zu wohnen, wo überhaupt keine Lebensbedingungen herrschen und die

Menschen an Wassermangel leiden. Dort gibt es auch keine städtische Kanalisation, kein Gesundheitssystem, keine Bildung, keinen Strom und keinen öffentlichen Verkehr.

Am Ende des letzten Jahrhunderts, ab den 80-er Jahren, entscheidet sich Brasilien, nach Zeiten tiefer politischer Krisen und häufiger Diktaturphasen, zu einer politischen Öffnung, um seine Demokratie zu festigen. In diesem Moment erscheint die Umweltfrage wieder als eine Art sozialer Kampf, insbesondere durch die NGOs und durch Brasilianer, die nach einer Exilperiode wieder nach Brasilien zurückkehrten.

Das Ziel ist nun aber, die Umweltdebatte unter der Perspektive des Umweltschutzes zu halten. Im Anschluss, im Jahr 1988, wurde die brasilianische Verfassung erlassen, die ein ganzes Kapitel der Umwelt widmet. Kurz danach fand 1992 in Brasilien die II. Weltkonferenz der UNO über Umwelt und Entwicklung (Rio-92) statt.

Allerdings, zur selben Zeit, stellte man die Deregulierung der Weltwirtschaft fest, mit der Handelseröffnung und Möglichkeiten zur Aufnahme von peripheren und semi-peripheren Wirtschaften in den globalen Märkten. Diese Tatsache verschärft die soziale Krise in Brasilien zusammen mit steigender Arbeitslosigkeit, dem Ende der öffentlichen Maßnahmen im Bereich Sicherheit und soziales Wohlbefinden und der Herrschaft der repräsentativen Demokratie.

Die Umweltfrage wird also zum Hindernis für das gewünschte Modell, denn sie steht im Widerspruch zu einer Vielzahl von sozialen Praktiken und Weltanschauungen und teilt keine hegemonischen Ideen. Auf der anderen Seite vertiefen die wirtschaftlichen Aspekte der Globalisierung die Ungleichheiten zwischen reichen und armen Ländern, sie fördern Staatszerfall, führen zu Verdiensten in den Händen weniger und verschlechtern die sozialen Umweltbedingungen.

Die Erhaltung der dominanten Denkweise geht durch einen Filter von wissenschaftlichen Kenntnissen, welche die Welt instrumentalisieren wollen. Die Wissenschaft wird zur Ideologie, welche die Ausübung der Macht zur Weltkontrolle erlaubt. Sie hat ihren Sinn ausgeweitet, wurde zu einer der wichtigsten Produktivkräfte der modernen Gesellschaften und lehnt andere Wissensformen ab.

Aus dieser Perspektive, im brasilianischen Bereich, merken wir, dass das Recht noch heute die positivistischen Regeln für das Weltverstehen nutzt. Diese Rationalität ist alles andere als unlogisch, sie steht in perfektem Einklang mit der Regulierungsauffassung von Wissen durch den Markt.

Somit ist der Positivismus extrem aktuell, denn er erlaubt eine binäre Weltanschauung durch die Formel legal/illegal, erlaubt/verboten, richtig/falsch, welche die Interpretation erleichtert und den Zwang des hegemonischen Denkens zulässt.

Jedoch bringt die Umweltfrage eine andere Problematik mit sich, die theoretische Artikulationen erfordert, die wissenschaftliche Erkenntnisse übertreffen

und aus diesen Gründen einen hervorragenden Blickwinkel bietet, um das Recht - und folglich die Gesellschaft – zu verstehen.

Deswegen fordert die „umweltliche“ Rationalität eine neue epistemologische Strategie, eine Strategie, die sich nicht auf wissenschaftliche Kenntnisse beschränkt und nicht unter der Hermetizität des positiven Rechts leiden darf. Das Ausmaß an Umweltwissen wird in einem Harmoniekontext zwischen Mensch und Natur bestimmt, und somit wird ein Zusammenspiel zwischen wissenschaftlichen Kenntnissen und anderen Wissensformen zur Lösung von Umweltkonflikten nötig.

Alle diese Themen und auch andere, die den Aufbau eines komplexen Denkens erlauben, werden in Folge anhand einer Überlegung bzgl. Recht, wissenschaftlicher Kenntnis, Reifung des Umweltbewusstseins und neuen Wissens gegenüber der brasilianischen Gesellschaft analysiert.

1 DIE ENTWICKLUNG DES POSITIVISMUS IN BRASILIEN

Der französische Positivismus wurde als Antwort auf den klassischen Spiritualismus geboren und hat zu Anfang René Descartes als prägende Figur. Sein größter Ideologe war Augusto Comte, der mit abstrakten Ideen die Wissenschaft durch empirischen Daten ersetzen wollte.

Sein Anspruch war die Formulierung einer sozialen “Physik” (der Soziologie), welche die soziale Destabilisierung jener Zeit, welche durch die neuen Arbeitsbeziehungen des Industriekapitalismus verursacht wurde, ändern konnte. Somit wird Augusto Comtes Dreistadiengesetz (teologisch, metaphysisch und positiv) geschaffen.

Im theologischen Stadium hat der Mensch die Möglichkeit die Welt und ihre Phänomene durch seine Vorstellung zu verstehen. Allerdings gibt es das Verständnis der Naturphänomenen nur durch den Glauben an mythische Vorstellungen. Götter und Geister. Genauer gesagt, wird ihnen ein göttlicher Charakter verliehen. Diese Phase basiert auf dem Glauben an unverändliche Kräfte. Es ist wichtig auch zu sagen, dass das gewählte theologische Modell keine Rolle spielt (fetischistisch, polytheistisch und monotheistisch). Darüber hinaus hätte der Mensch zu diesem Zeitpunkt die Möglichkeit erlangt die Wichtigkeit der sozialen Kohäsion und der Grundlage des moralischen Leben vollständig zu verstehen. Am Ende würde die Entwicklung des menschlichen Geistes einen Stand erreichen, in dem er alle Gottheiten in nureine zusammenfassen würde und somit den Monotheismus gewährleisten würde. Die politische Form in diesem Stadium wäre eine mit dem Militarismus verbundene Monarchie, gegründet auf die Macht der Autorität (COMTE, 1978a).

Im metaphysischen Status wird die Weltanschauung durch abstrakte Begriffe, Ideen und Prinzipien festgelegt. Hier klaffender Mensch und die Natur mit dem Übernatürlichen und der vorherrschenden Theologie auseinander. Das politische

Modell in diesem Stadium ist eine Vertragsgesellschaft, indem der Staat durch eine Souveranität des Volkes regiert wird. Damit werden Könige durch Juristen ersetzt.

Schließlich im positivistischen Stadium nimmt der Mensch die Phänomene und konstatiert die Beziehung von Ähnlichkeit und Nachfolge (Ursache-Wirkung) zwischen ihnen, bei der die Vorstellung und die Argumentation auf Beobachtung beruhen. In diesem Stadium werden die Ursachen und Wesen der Phänomene vergessen und die Errichtung unveränderlicher Gesetze – die Gesetze, die uns regieren – wird zur wichtigsten Aufgabe. Besser gesagt, die konstanten Beziehungen zwischen den individuellen psychologischen Phänomenen und den gemeinsamen psychologischen Phänomenen. Das Wissen/die Erkenntnis hat primär zur Aufgabe durch Empirismus zu organisieren anstatt nur das Reale, das Richtige, das Unbestrittene zu entdecken. Die soziopolitische Repräsentation wird bewerkstelligt durch die Kontrolle der Wissenschaft, der menschlichen Erkenntnis aber eben auch durch die Industrie.

Die Philosophie verkommt also zu einem bloßen Instrument der Systematisierung der positivistischen Lehre. Für Comte waren die Wissenschaften durch die historische Reihenfolge ihrer Entstehung organisiert, und zwar: Mathematik, Astronomie, Physik, Chemie, Biologie und Soziologie. Zuerst von Begriffen einer größeren Abstraktheit zu einer geringeren Komplexität, und umgekehrt. Später kommen der Theorie von Augusto Comte theologische Aspekte hinzu, sodass diese metaphysische Periode das Ziel hat, den Positivismus als Religion der Menschheit zu etablieren. (COMTE, 1978a).

Comte, zum Beispiel, entwickelt die Idee der Vorsehung und diese ist, repräsentiert in vielerlei Formen, mit der Gesellschaft verschmolzen. Dementsprechend repräsentieren die Frauen die moralische Vorsehung, die Priester oder Weisen repräsentieren die geistige Vorsehung; die Kapitalisten die materielle Vorsehung und das Proletariat die allgemeine Vorsehung (COMTE, 1978b).

Der englische Positivismus hat jedoch Stuart Mill als seinen Hauptvertreter, für den das menschliche Wissen aus dem eigenen Erfühlen von primären, unverzichtbaren Daten stammt, die durch Assoziation miteinander verbunden sind und dadurch zur Denkmethode der Induktion führen. Gemäss Mill ist sämtliches menschliches Handeln durch den eigenen Nutzen bedingt und das einzelne Individuum kann seinen eigenen Nutzen nicht verstehen und folglich hängt es von anderen Individuen ab (STUART MILL, 1979).

Der deutsche Positivismus hat als Ursprung eine Gegenreaktion gegen den hegelianischen Idealismus und Abstraktismus. Er hat als Basis Teile der kantianischen und hegelianischen Ideen, aber versteht, dass die fundamentalen Grundelemente der Wirklichkeit sensible Daten sind und diese als Tatsache im Bewusstsein oder im Gefühl verstanden werden müssen. (HEGEL, 2008).

In Deutschland erwirbt der Positivismus Merkmale des Naturalismus und des Materialismus. So sind die hegelianischen Ideen unter einer traditionellen, theistischen und christlichen Anschauung interpretiert oder werden, in anderen Strömungen, unter positivistischer und naturalistischer Sichtweise angesehen.

Die zweite Denkweise wird durch Karl Marx vertreten, die den Sozialismus rechtfertigt und gleichzeitig das Christentum philosophisch zerstört. Der deutsche Positivismus, allerdings, hat als Hauptproblem das gnosziologische Problem, weil er die Erfahrung in ihrer Reinheit hochstilisiert. Er hat als Kontrapunkt den naiven, materialistischen und naturalistischen Realismus (MARX, 2004).

Dennoch fordert in Brasilien der Positivismus einen Bruch mit dem vorherrschenden Konsens, im Vorteil für die Errichtung eines liberalen Staates, der errichtet wird um ein Modell einer sklavischen Gesellschaft und ein Imperium zu ersetzen, obwohl die Rechtswissenschaftler hier die bequeme Position bezogen, bloße Ausleger und Wiedergeber der Gesetzestexte zu sein.

Jedoch geschah diese Tatsache aufgrund der Auslegung der brasilianischen Verfassung von 1824, die durch die Ideen von Jean-Jacques Rousseau orientiert wurde und hatte zur Folge die totale Abwesenheit des politischen Bewusstseins der Reichsstruktur. Dom Pedro I wird vom Regenten und Prinzen Brasiliens zum Kaiser, im Laufe von einem Jahr, ohne dabei zu vergessen, dass die Freiheitsprinzipien, welche die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten und der französischen Revolution inspirierten, auch zur brasilianischen Unabhängigkeit führten (ROUSSEAU, 1978).

So brachte die Reichsverfassung das Konzept des “Poder Moderador”, wobei Brasilien weiterhin durch einen Imperator und ein Parlament regiert wurde. Durch dieses Modell entstand ein Vakuum, ein Gefühl der Leere, die politische Klasse war politisch unfähig und das durch eine Versammlung gewählte Parlament war durch die Vorherrschaft der herrschenden Klasse geprägt, nämlich der Grossgrundbesitzer.

Außerdem verzichtet Dom Pedro I. im Jahre 1831 auf den Thron und verlässt seinen Sohn, der damals nur sechs Jahre alt war, als Erben. Dieses Ereignis sicherte dann die Regenzperiode.

Übrigens war die brasilianische Intelligenz mehr auf die Literatur als auf die Wissenschaft ausgerichtet, denn im allgemeinen suchte die brasilianische Elite die juristische Ausbildung und, wie schon vorher angedeutet, schickte sie ihre Kinder für das Studium nach Europa. Nur die brasilianische Streitkräfte (Armee und Kriegsmarine), sowie die Ärzte und Ingenieure, widmeten sich den wissenschaftlichen Studien.

In Brasilien wurde in der Tat festgestellt, dass der brasilianische Jurastudent nur in Europa sein Studium beendete - besonders in Coimbra -, und danach war er fast immer in eigener Funktion beim Staat tätig. Die Tätigkeiten waren vor allem bürokratisch und klientelistisch.

Die Magistratur, z. B. ermöglichte einen fast unmittelbaren Zugang zu einer politischen Karriere. Außerdem konnte der Rechtsanwalt, durch kaiserliche Ernennung, die Tätigkeiten von Richter und Stadtrichter oder Polizeichef oder Revierleiter wahrnehmen. Am 11.08.1827 wurden die juristischen Kurse in Brasilien umgesetzt. Sie entstanden für die Umsetzung des kaiserlichen Interesses - in einer politischen Allianz mit den Inhabern der lokalen und provinziellen Macht. Die

damalige brasilianische Gesellschaft war sklavisch, aber mit einer liberalistischen Fassade.

Darüber sagt Lopes (2000, p. 228):

[...] der Liberalismus, in Brasilien, hat nichts mit dem nord-amerikanischen Liberalismus zu tun z. B.: dort ist die Vertretung der politischen und zivilen Freiheiten, der sozialen und zivilen Menschenrechte liberal. Hier neigt der Liberalismus ausschließlich dazu, sich mit dem wirtschaftlichen Liberalismus zu verwechseln, das *laissez-faire*, oder, in einer Stimmung von tiefen Ungleichheiten wie die unseren, in einem *jeder Mann für sich*.

Somit schafft das sklavistische Brasilien am Anfang des 18. Jahrhunderts einen Jurakurs, der auf dem Modell der Rechtswissenschaftsfakultät von Coimbra beruht, ohne dabei demokratisch oder liberal zu sein. Als Beispiel sagt Lopes (2000, S. 229-230), im Jahre 1827 in Brasiliens Jurakursen

[...] hatten nicht als Fach Römisches Recht, das nur in 1850 aufgenommen wurde. Als Ersatz dafür müsste der Lehrstil synthetisch, grundsätzlich und demonstrativ sein. Anders gesagt, systematisch und geometrisch. Die ersten brasilianischen Jurakursen – indem wurden Männer, die im reformierten Coimbra studiert hatten – spiegeln den damaligen brasilianischen Vorbehalt dem alten Römischen Recht gegenüber wieder, dem *ius commune*. Schon in der Laufe des 19. Jahrhunderts wurde, jedoch, das Römische Recht in die deutsche Pandektion eingeführt.

Die Neuigkeit des Liberalismus und Idealismus führt in den brasilianischen Jurakursen im Laufe des 19. Jahrhunderts zur einer Auseinandersetzung zwischen Jusnaturalisten und Positivisten.

Die ersten waren die Männer, die das Aufsichtssystem – das in der mittelalterlichen Scholastik geherrscht hatte – aufgenommen haben. Sie hatten die Fähigkeit, das Recht durch den Konsens und die rationalen Naturrechtsregelungen zu verstehen. Sie waren für die Einrichtung der Mitarbeiter des kaiserlichen Staates verantwortlich, für die Verteidiger der Monarchiestruktur, der Staatsreligion, und die anerkannte Moral und Sitten.

Die zweiten entstehen nach dem Iluminismus, mit dem bürgerlich-liberalen Staat verknüpft und dienen als Basis für den republikanischen Staat, denn durch die Erfahrung und die Beobachtung wollten sie individuelle Konflikte, vertragliche Streitigkeiten und die Führungsregeln des Eigentums, lösen. Damit würde der Staat erhalten bleiben trotz dem totalen Bruch mit dem vorherrschenden Konsens.

Nach Lopes (2000, S. 343), die juristischen Fakultäten bis etwa 1870

[...] waren keine Dialogplätze. Das juristische kulturelle Leben gab es nur im Gericht und Tribunal. [...] Häufig waren Beschwerden über die Kurse, sowie die Abwesenheit von Professoren, den Betrug bei der

Anwesenheitsliste der Studenten und den Dogmatismus und Traditionalismus bei den Fächern. Die Juristen entwickeln, wenn wir so wollen, eine Art von Autodidaktismus mit der Bildung ihrer eigenen Bibliotheken. Alles in Übereinstimmung mit einer aristokratischen Gesellschaft, in der ein freier Platz für die Debatte der Kultur und der Ideen ausschließlich fast das Wohnzimmer ist, das private Haus, der heimische Raum.

Letzlich ermöglicht die Abwesenheit von Kultur und theoretischer Erkenntnisse - zusammen mit einer Philosophie ohne zuverlässige rationale Kriterien – die Blüte ca. 1850- des Positivismus in Brasilien, gebracht nach Brasilien durch die Brasilianer, die in Frankreich studiert hatten, mit. Darunter gab es auch Studenten von Comte.

Die positivistischen Ideen gewinnen jedoch Sichtbarkeit in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts innerhalb der militärischen und der politechnischen Schule, denn sie sind die perfekten Schauplätze für die Diffusion der Mathematik als universelle Wissenschaft, und die kartesische Methode und die mechanische Physik. Benjamin Constant, einer der größten Namen der Republik, ist 1852 einer militärischen Schule beigetreten und wurde durch dieses Denken beeinflusst. Schließlich hat er sich ab 1857 als Anhänger des Positivismus erklärt (LINS, 1967).

Jedoch sind Miguel Lemos und Teixeira Mendes die Hauptvertreter des brasilianischen Positivismus. Sie hatten sich noch in der Studienzeit an der Politechnik Schule bei Augusto Comte durch den Littré Unterricht angenähert und erreichten so mit positivistischen Ideen und Mathematik die Straße (Öffentlichkeit).

Aber Miguel Lemos und Teixeira Mendes sind aus disziplinarischen Gründen verhindert, die Kurse zu besuchen und deshalb widmen sie sich von da an der Verbreitung der positivistischen Ideen. 1879 reist Miguel Lemos nach Paris und trifft sich mit Littré, damals ein Philolog und Dissidentenanhänger der Ideen von Comte, das sagt, dass das Werk von Augusto Comte nach der Entstehung ihrer Demenz keinen Wert hat (TORRES, 1957).

Aber Lemos akzeptierte aufgrund seiner tiefen Religiosität diese Meinung nicht und sah den Littreismus als etwas unvollständiges an und entschied sich damit seine Suche weiter zu führen. Somit nähert sich Lemos an Pierre Lafitte, der sich als Nachfolger der Tradition der *Religion der Menschlichkeit* fortgesetzt hatte.

Durch Lafittes Hände wurde Miguel Lemos zum *Direktor des Positivismus in Brasilien* ernannt, und so fängt er das *Apostolado Positivista no Brasil* an und kehrte am 01.02.1881 nach Rio de Janeiro zurück und nahm bald die Tätigkeiten als Direktor der positivistischen Gesellschaft von Rio de Janeiro an. Dann startet er die offizielle Propaganda mit der Herausgabe der positivistischen Zeitung “Gazeta de Notícias“ (LINS, 1962).

Teixeira Mendes und Miguel Lemos waren strenge Verfolger der Doktrin von Comte und verbreiten also die Regeln der positivistischen Philosophie. Und, sowie Comte, glaubten sie, dass die Republik das Endstadium der politischen Entwicklung der Menschheit sein müsste.

Sowieso herrscht anfangs das Denken der orthodoxen Positivisten vor und damit haben sie eine Front gegen das Reich an zwei Seiten initiiert: im politischen und religiösen Sinn.

Damals war der Katholizismus die offizielle Religion des brasilianischen Staates. Aber bezüglich des Kaisers war er, laut den Positivisten, ohne Kultur, ehrgeizig, ohne politische Vision und wenig patriotisch. Dom Pedro II., hingegen, war immer mit den Positivisten milde, denn er hielt sie für Menschen mit gutem Charakter und intelligente Personen, und hat sie aus diesen Gründen sogar in verschiedenen Momenten Benjamin Constant gegen seine Gegner verteidigt. Überdies nutzte der Kaiser das Poder Moderador mit großer Unsicht und Sorgfalt, denn der Kaiser war immer ein Verfassungssouverän (LYNCH, 2010).

Die Abschaffung der Sklaverei aufgrund einer Abschaffungsbewegung, aber nur am Ende des 18. Jahrhunderts wegen wirtschaftlicher Gründe und wegen des Drucks der englischen Regierung. Für die Unbestimmtheit dieser historischen Fakten ist Rui Barbosa aufgrund seiner Haltung verantwortlich. Barbosa hat später auch an der republikanischen Regierung teilgenommen und hat befohlen, dass alle Archive aus der Epoche der Sklaverei aus der brasilianischen Geschichte gelöscht wurden. Platzmangel und eine Epoche, die vergessen werden müsse, waren seine Gründe dafür.

Die Gegner Rui Barbosas besagen jedoch, dass es seine wirklichen Absichten waren, die Interessen der herrschenden Klasse zu bewahren. Es waren die Grossgrundbesitzer, die schon eine bedeutende Oligarchie aufgebaut hatten und, aufgrund der Änderung von der Monarchie zur Republik, vor eventuellen Repressalien geschützt werden mussten.

Aber die Unzufriedenheit der Militärs mit dem Reich kurz nach dem Krieg gegen Paraguai (1864-1870) erhöhte sich, denn viele von ihren ehemaligen Privilegien wurden reduziert und wie schon gesagt, die brasilianische Armee hatte sich seit der Regenz Jahr für Jahr verringert. Die Militärs hatten nach dem Krieg von Paraguai viel Prestige gewonnen und befürchteten den Wachstum der Guarda Nacional.

Diese Faktoren zusammen mit den positivistischen Ideen von der Ablösung der militärischen Traditionen und für ein mathematisches Studium (statt militärisch) führte sie mehr in die Politik.

Dadurch beeinflusste Benjamin Constant, Militär seines Zeichens (Oberstleutnant), der am Krieg von Paraguai als Militär und Zivilingenieur teilgenommen hatte und überdies an der Militarschule, Politechnikschule, normalen Schulen und Kriegshochschule gelehrt hatte, auch Marechal Deodoro da Fonseca, gegen seinen Willen, Dom Pedro II. vom Thron zu stürzen. Die Hauptargumente waren, dass die kaiserliche Regierung weiterhin gegen die Soldaten, die nicht an die Sklavenverfolgung teilgenommen hatten, vorging; weiters wegen Patriotismusmangels, denn die korrupten Politiker wurden nicht bestraft.

Dieser Teil der Geschichte wird durch Torres (1957, S. 68) wie folgt beschrieben:

Die Bevölkerung des Landes, Adel, Klerus und Volk, schaute die Parade überrascht an. Denn, wie alle wissen marschierte Deodoro an der Spitze der Truppen zum Hauptquartier, wo er, mit Hilfe von Floriano, den Visconde de Ouro Preto festnahm. Dadurch löste er das kaiserliche Regime auf und führte die Republik ein. Der zögerliche Major Solon hat sich so von der undankbaren Aufgabe den König und seine Familie aus Brasilien zu vertreiben, entledigt. Im Grunde genommen, und abgesehen von der Rhetorik, geschah hier also der Umschwung des brasilianischen Reichs zur República dos Estados Unidos do Brasil.

Andere Faktoren, wie die Sympathie der armen Bevölkerung für die republikanische Bewegung und die Existenz einer neuen politischen Partei, welche die neue Agrarelite repräsentierte, die PRP (Partido Republicano Paulista), bereit die Macht zu übernehmen, waren für die Proklamation der Republik nicht entscheidend. Zunächst, weil Teile der armen Bevölkerung mehr am Ende der Sklaverei interessiert waren und nicht Kraft genug hatten, eine solche politische Artikulation durchzuführen. Zweitens, weil es die Absicht der PRPs war, gewaltlos an die Macht zu kommen, um eine breitere Verteidigung ihrer Interessen zu ermöglichen. Denn einige seiner Anhänger sympathisierten noch mit einigen monarchistischen Ideen und hatten keine Sorge für doktrinäre Angelegenheiten.

Damit wird deutlich, dass die Entstehung der Republik in Brasilien eine Folge der brasilianischen Militärs war, die sich mehr für die mathematischen Studien, als für das Studium von Ballistik und Strategie gewidmet hatten. Sie hatten die positivistischen Lesungen als Führung und hatten eine republikanische und antimilitärische Ideologie nach der Lehre von Augusto Comte eingesetzt.

Dann hat der Positivismus versucht, seit den ersten Tagen sich in der Republik zu installieren, mit dem Ziel, positivistische Ideen einzuführen. Und dafür schickten Miguel Lemos e Teixeira Mendes eine Reihe von Dokumenten für die Änderung der wesentlichen Grundlagen der Organisation des Landes an den Regierungschef.

Unter diesen Dokumenten war die Broschüre *Bases de uma Constituição política Ditatorial Federativa para a República Brasileira*, die im Kapitel V des Werkes System der positiven Politik, von Augusto Comte, inspiriert wurde.

Torres (1957, S.68) erklärt, dass:

Um die Absichten der Positivisten zu verstehen, sollte berücksichtigt werden, dass die Positivisten den Moment für eine Übergangsepoche vom Bruch mit dem Mittelalter durch die Renaissance für einen positiven Zustand hielten. Die Diktatur wäre die perfekte Regierungsform, um einen freien Übergang zu ermöglichen, nach dem Dreistadiengesetz. Der erfolgreichste Regierungschef in dieser Art von Diktatur war, laut A. Comte, der König Friederich II. [sic], der Große, von Preußen.

Diese Ideen aber schreckten Rui Barbosa, den Mann, der für die Koordination für die Ausarbeitung einer neuen brasilianischen Verfassung zuständig war.

Rui Barbosa, in der Zeit zwischen 1875-1890, zeigte sich immer sympatisch und begeistert gegenüber der positivistischen Philosophie und hatte sogar Comte und Littré bei mehreren Reden beim brasilianischen Parlament gewürdigt. Jedoch brachte ihn seine Abkehr dazu – auch wenn nicht radikal und durchgehend, nur wegen der Ausarbeitung der Verfassung von 1891 geschehen – ernste kritiken gegen die orthodoxen Positivisten zu machen.

Vielleicht aus diesen Gründen hat er es vermieden, sich in die Diskussion über die nationale Fahne und die Möglichkeit der Einrichtung des Abstraktkalenders von Feier (von Augusto Comte idealisiert) einzumischen. Dies war der Wunsch der Positivisten Miguel Lemos und Teixeira Mendes.

In der Tat, wie Torres erklärt (1957, S.76-77) wurde die brasilianische Fahne durch Teixeira Mendes idealisiert, von Décio Vilares gemalt und dann Benjamin gezeigt, der sich für das Erreichen der Genehmigung des Erlasses n°. 4 von 19.11.1890 einsetzte. Seitdem wurde an diesem Datum der Fahnentag eingesetzt.

Das Kennzeichnen des Positivismus *Ordem e Progresso* wird dann in die nationale Fahne geschrieben und ersetzt dann das *Cruz da Ordem de Cristo*, das in der kaiserlichen Fahne war, was wiederum viele Proteste der Katholiken und der Anhänger des *ancièn regime* zur Folge hatte.

Die Positivisten hatten als ihren größten Anhänger den Landwirtschaftsminister Demétrio Ribeiro, der für die Hauptthese der Positivisten ganz dafür war: Trennung zwischen Kirche und Staat, standesamtliche Trauung, Meinungsfreiheit, Ende der Anonymität in der Presse, Säkularisierung der Friedhöfe, Bekämpfung des Kartenlegens und des Spiritismus, Kalendar für die nationalen Feiertage usw.

Aber langsam haben die Positivisten gesehen, dass viele von seinen Ideen dem von Rui Barbosa geführten Liberalismus unterlagen und, am Ende von zweieinhalb Monaten Demétrio Ribeiro entlassen wurde, aufgrund seiner Unvereinbarkeit mit der durch die Regierung übernommenen Finanzpolitik. Das war dann das Ende des direkten Einflusses des Positivismus auf die Führung des Landes.

Rui Barbosa hatte also die Führung der Organisation der Republik nach dem juristischen Liberal-Demokratiemodell für sich eingenommen und als Finanzminister setzte er das *Encilhamento* aufgrund des Arguments, dass die unheilvolle Finanzpolitik des *ancièn regime* das Land in den *Bancarotta* geführt habe, ein.

Mit dem Erlaß der Verfassung von 1891 nach den Prinzipien des strikten Liberalismus, hat es Rui Barbosa geschafft, die orthodoxen Positivisten aus den politischen Angelegenheiten herauszuhalten und, nebenbei Quintino Bocaiúva, Außenminister der provisorischen Regierung, für die Entscheidung von Notfallmaßnahme zu bestimmen. Zum Beispiel, die Pressefreiheit und die Herausgabe von verschiedenen Zeitungen zu beenden, denn nach seiner Ansicht

hatte der Oppositionsjournalismus nach dem Untergang des Regims keinen Sinn mehr und deshalb wäre die Herausgabe des *Diário Oficial* mehr als genug.

Die positivistischen Ideen jedoch bleiben von grossem Einfluss für das Schicksal Brasiliens. Aber diesmal nicht als Staatsbestimmungen, sondern als Einfluss verschiedener Politiker und Mitwirkender.

Überdies ist es notwendig zu wissen, dass der Positivismus nicht nur aufgrund der militärischen Schulen fort dauert, sondern auch wegen der Verbreitung in den juristischen Schulen.

In der rechtswissenschaftlichen Fakultät von São Paulo in der Zeit zwischen 1880 und 1890 findeten aufgebrachte Debatten zwischen den thomistischen naturrechtlichen Juristen und den Positivisten statt.

Außerdem hatte die rechtswissenschaftliche Fakultät von São Paulo in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die folgenden positivistischen Zeitungen: *A República*, *O Federalista*, *A Evolução* und die *Luta*, die einschließlic den Kalendar von Augusto Comte übernahmen.

Lins (1967, S.146) sagt auch das:

Als Júlio Castilhos in São Paulo, mit Assis Brasil und Pereira da Costa, *A Evolução*, gegründet hat, hat er in 1879 das Programm wie folgt bestimmt:

A Evolução hat alles mögliche zu sagen in diesen zwei Wörtern, die die Soziologie als Merkmal gebaut hat, zusammengefasst: *Ordem e Progresso*

Ordem e Progresso - hier ist das soziologische Dogma

Ordem e Progresso – hier ist die Republik

Ordem e Progresso – hier ist das Ziel, für das jener Teil der heutigen Generation arbeiten soll, die sich nicht in einem Leben von Trägheit und Unfruchtbarkeit vernichten möchte, ohne für ein gemeinsames Werk gearbeitet zu haben.

Aber in Pernambuco war die Entwicklung des Positivismus ganz anders. Zuerst hat sich Tobias Barreto an den Positivismus aufgrund seiner Spiritualität angenähert. Er wird von Sílvio Romero gefolgt und, danach von José Higino: jedoch haben sich alle danach von Tobias Barreto wegen des Kontaktes mit den Entwicklungstheorien entfernt.

Später hatten viele von diesen Studenten Ämter in den Bundesregionen oder Sitze im Parlament inne und sogar die Präsidentschaft der Republik (Campos Salles war Justizminister der provisorischen Regierung und der vierte Präsident Brasiliens).

Somit sehen wir in Brasilien die Existenz zweier Arten von Positivismus: den *Littreismus*, der am Anfang die juristische Schule hat und die Anhänger der *Religião da Humanidade* (durch Littré verbreitet) erobert. Beide Positivismusarten haben auch die militärischen Schulen erobert.

Jedoch hat langsam der in rechtswissenschaftlichen Fakultäten verbreitete Positivismus von Augusto Comte Raum für die Ablagerung der deutschen Entwicklungstheorie und des deutschen Dogmatismus gelassen.

Es ist wichtig zu beobachten, dass während der Espada Epoche – zwischen 15. November bis dem Ende der Regierung von Marechal Floriano Peixoto (1894) – selbst mit der Enthebung oder Neutralisierung aller orthodoxen Positivisten durch Rui Barbosa der comteanische Geist durch die Macht der Militärs lebendig bleibt.

Die Zentralisierungstendenz der Militärs stellt sich den Wünschender Liberalen gegenüber, die mit dem Erlaß der Verfassung von 1891, eine Modernisierung der brasilianischen Institutionen fördern. Die wichtigsten Maßnahmen waren: a) Trennung zwischen Staat und Kirche, b) der Föderalismus, mit der sozio-politischen und wirtschaftlichen Autonomie der Bundesregionen; der Präsidentialismus, c) das repräsentativistische Regim, mit direkter Wahl der Răpresentanten des Volkes in die Exekutive und Legislative - Ausnahme waren die Analphabeten, die Frauen, die Soldaten und die Minderjährigen.

Mit der Verfassung in Kraft, wurde der Marschall Deodoro durch das nationale Parlament gewählt. Die Wahl war durch Bedrohungen militärischer Interventionen geprägt. Aber interessant zu beobachten war, dass die Armee keine Kohäsionskraft hatte, denn der Marschall Floriano hatte auch an der Wahl als Kandidat (Vize-Präsident) teilgenommen. Er unterstützte den Kandidat der Oligarchien, Prudente de Moraes. Prudente de Moraes hat die Wahl nicht gewonnen, aber Marschall Floriano hat die Wahl zum Vize-Präsident gewonnen, denn die Vorschriften der Verfassung von 1891 bestimmten, dass die Wahlen für Präsident und Vize-Präsident getrennt waren und Kandidaten von verschiedenen Kandidatenlisten gewählt werden konnten.

Die Regierung von Marschall Deodoro wurde aufgrund seines Autoritarismus und Zentralismus für eine große politische Krise kennzeichnend. Damit wurde er von der Opposition der Grossgrundbesitzer, welche die Mehrheit der Sitze im nationalen Parlament hatten, streng bekämpft. Außerdem wurden sie durch einen Teil der Armee unterstützt.

Im Namen der Ordnung, im November 1891, erläßt der Marschall Deodoro die Schließung des nationalen Parlaments nach zwei Gründen: Zuerst die Möglichkeit der Verabschiedung des Verantwortungsgesetzes (*Lei de Responsabilidade*), welche das impeachment des Präsidenten der Republik in manchen Fällen verursachen könnte und zweitens den Streik des Central do Brasil.

Der Marschall konnte nicht widerstehen und legte am 23.11.1891 sein Amt nieder, denn er hatte keine Unterstützung des Volkes und wurde durch Militärs der Kriegsmarine bedroht.

Der Marschall Floriano Peixoto (1891-1894) übernimmt die Macht und wird durch die militärischen Strikkräfte (Armee und Kriegsmarine), und durch die Paulista Republikanische Partei unterstützt als er als erste Maßnahme die Ungültigkeitserklärung des Erlaßes erlässt, der das Parlament aufgelöst hatte; der Maßentlassung der regionalen Regierungen (die Deodoro unterstützt hatten) und

der Kontrolle der Finanzspekulation und der Spekulation mit Lebensmitteln durch die Preisbindung.

Diese Maßnahmen haben sofort gewalttätige Reaktionen gegen Floriano verursacht. Überdies reguliert der Artikel 42 der brasilianischen Verfassung, dass im Falle einer freien Stelle des Präsidenten oder Vize-Präsidenten, und vor der Frist von zwei Jahren der Amtszeit, die Erfüllung von Neuwahlen notwendig war. Trotzdem hat er die Vorschriften der Verfassung ignoriert. Als Erklärung dafür sagt er, dass das Gesetz nur für die direkten durch das Volk gewählten Präsidenten galt und die Wahl des ersten Präsidenten indirekt war (durch das Parlament gewählt), könne er das Amt aufgrund der Enthebung von Deodoro beenden.

Als Konsequenz wird der Marschall Floriano einer Reihe von Aufständen entgegnetreten: zunächst dem Manifest von dreizehn Generälen, die seinen Amtsverzicht und die Erfüllung von direkten Wahlen wollen und, danach, der Revolta Armada (1893) (bewaffneter Aufstand) in der Marineschule, die dasselbe Ereignis, das zum Rücktritt des Marschall Deodoro geführt hatte, wiederbeleben wollen, und schließlich, der Revolta Federalista (föderalistischer Aufstand), welche in der Bundesregion Rio Grande do Sul stattfand, durch die Partido Republicano Gaúcho geführt. Floriano hat alle Aufstände mit extremer Gewalt niedergeschlagen. Aufgrund seiner Maßnahmen hat er den Spitznamen Marechal de Ferro (Eiserner Marschall) bekommen.

Im wirtschaftlichen Bereich, jedoch, hatte er die durch das Encilhamento provozierte Inflation geerbt und ergriffenige protektionistischen Maßnahmen bezüglich der Industrie. Außerdem hat er den Zugang auf Kredit (als Maßnahme für die Kontrolle der Spekulation) erleichtert.

Aber ab 1893 wendet sich der Kampf des Positivismus nach Rio Grande do Sul, wo Júlio de Castilhos eine Gruppe von Positivisten führt, mit dem Ziel, diese Idee als politische Bewegung zu verbreiten. Die positivistischen Ideen werden dann dominant in diesem Land.

Castilhos, wie schon gesehen, hat in der rechtswissenschaftlichen Fakultät von São Paulo studiert und, 1899, mit der Proklamation der Republik, die Präsidentschaft der Bundesregion verweigert, aber die Tätigkeit als Staatssekretär ausgefüllt, denn er wollte mit den ehemaligen lobbyistischen Politik-Verwaltungspraktiken der kaiserlichen Epoche aufräumen.

1890 gewinnt er die Wahl zum Abgeordneten und besetzt dann einen Stuhl im nationalen Parlament für die Ausarbeitung der neuen Verfassung. Damit nähert er sich einer extrem radikalen Gruppe, die den Föderalismus verteidigte und eine klare positivistische Inspiration hatte.

1891, zurück in Rio Grande do Sul, besetzt er die Präsidentschaft der Bundesregion und entscheidet, die neue Verfassung von Rio grande do Sul zu verabschieden, einen extrem autoritären Text, der eine comteanische republikanische Diktatur errichten wollte. Diese Diktatur wäre vom *System der positiven Politik* von Augusto Comte inspiriert worden. Sie hätte die folgenden Themen gehabt:

a) der Kampf gegen die Demokratie und gegen die populäre Stimme, die als ein metaphysisches Dogma angesehen wurde, denn die Republik wird nicht durch die Abstimmung legitimiert, sondern weil sie eine wissenschaftliche und geschichtliche Berechtigung hat. Somit möchten diese beiden Begriffe das Regierungswahlmandat begründen;

b) die Verfassung der Gauchos wurde im Namen der Familie, der Heimat und der Menschheit erlassen, gemäß der Worte ihrer Präambel;

c) die Macht war auf dem Chef der Exekutive zentralisiert, der einschließlich die Macht hätte, Gesetze zu erlassen. Dies würde dann die Macht der politischen Versammlung auf eine pure Abstimmung über den Staatshaushalt reduzieren;

d) die Fortsetzung der Verwaltung wäre gewährt, denn die Wiederwahl des Machthabers wäre erlaubt;

e) die Aufnahme des Proletariats und der wirtschaftlichen Kräfte in den Staat.

Damit wird klar, dass die Verfassung der Gauchos die Konzentration der politischen Kraft beim Machthaber erlaubte, durch ein Regime, das den sozialen Wohlstand fördern wollte. Das alles wäre durch die moralische Verantwortung des Machthabers gewährleistet. Damit wäre die rationale Strukturierung der Gesellschaft durch eine “wissenschaftliche Methode” möglich.

Ferner hatten die Anhänger dieser Art von Regime die Idee der Räpresentation mit der Idee von Hegemonie und Schutz ersetzt. Es wäre eine Autokratie, die durch die moralische Ordnung implementiert wäre. Das Ergebnis wäre dann, ohne Zweifel, der Fortschritt.

So würde sowohl die Legislative ihre Hauptfunktion verlieren als auch das Volk seine Souveranität. Alldies wäre möglich aufgrund einer Ordnung eines Diktators mit moralischer Verantwortung. Dies würde die Implementierung des Despotismus einer Diktatur eines comteanischen Modells verhindern, welcheja als Hauptabsicht hatte, das brasilianische Volk zu einem positiven Staatsmodell zu führen. Dies war eine richtige Soziokratie, durch die Rationalität und gegen alle theologischen und metaphysischen Elemente bestimmt und deshalb die Geschichte definitiv überwunden.

Dieses absolutistische und gegendemokratische Verhalten der Anhänger von Castilhos erlaubte, dass sie an der Macht in Rio Grande do Sul für fast 40 Jahren blieben, zuerst mit Castilhos und danach mit Antônio Borges de Medeiros (1863-1961), der viermal nacheinander für die Präsidenz jener Bundesregion gewählt wurde, und schließlich 1928, mit Getúlio Vargas (1883-1954).

Brasilien wird dann durch eine Epoche bestimmt, die durch hegemonische und reaktionäre Prozesse gekennzeichnet ist. Diese Momente waren zum Beispiel die “Caudilhismo”-Diktatur und sogar der Faschismus.

Der “Caudilhismo” stellt sich als ein Phänom der primitiven Gesellschaft vor, in der die Institutionen und die Gesetze keine Wichtigkeit haben und es nur

Männer im Marsch mit seinen Anhängern gibt. Es gibt hier eine *Individualisierung* der Macht. Die Diktatur setzt die Unterdrückung der Freiheiten voraus, auch wenn nur vorübergehend, indem die Freiheit immer wieder mit der Frist einer zeitlichen Notsituation angekündigt wird. Der Faschismus ist ein weiter Begriff, denn er wurde ständig als Synonym für vorherige Begriffe benutzt. Dies geschah aufgrund einer klaren liebevollen Beziehung mit sozial-nationalistischen Wurzeln zueiner „Einzigpartei“ mit politischem Einfluß, sowie einer strengen Kontrolle der Freiheit der Bevölkerung und großer sozialen Reformen (vieles von dem nicht durch das Volk erwünscht).

Heutzutage wird die Vargas Ära von vielen Personen kritisiert und manche Leute sagen, dass sie keinerlei Einfluss des Positivismus aufzuweisen hat.

Aber ist sehr wichtig nicht zu vergessen, dass der Einfluss von Júlio de Castilhos auf die politisch-philosophische Bildung von Getúlio Vargas stark war und er mit seinem Gang zum Nationalplan die Revolution von 1930 und den „Estado Novo“ einleitete, wie schon im ersten Kapitel angedeutet.

Sogar in der damaligen populär Musik wird eine Verbreitung des Positivismus festgestellt. Daran erinnert Lins (1961, S.534-535). Als Beispiel des Samba von Noel Rosa und Orestes Barbosa (1933). Der Text ist folgender:

Die Wahrheit, meine Liebe, lebt im Brunnen, / es war Pilatos, da in der Bibel, der uns sagt, / Und auch er ist gestorben seines Nacken wegen, / Der (unglückliche) Autor des Pariser Fallbeils. / Gehe, Stolze, Geliebte, / Aber akzeptiere die Lehre: / Im unbestimmten Wechsel des Lebens, / Die Waage ist gewiss das Herz, / Die Liebe kommt als Prinzip, die Ordnung als Basis, / Der Fortschritt ist das was am Ende kommen soll / Du hast dieses Gesetz Augusto Comtes verachtet, / Und gingst weit Weg von mir glücklich sein.

Zu diesem Zeitpunkt sehen wir auch, dass der Littreismus, der am Anfang in den juristischen Schulen Brasiliens vorherrschte und zur Entwicklung beitrug, besonders die Entwicklung von Spencer in São Paulo, durch die Arbeiten von Pereira Barreto und, in Recife, mit Silvio Romero, Clóvis Beviláqua, Pedro Lessa u.v.a. Zu diesem Zeitpunkt hat sich nur Tobias Barreto vom Positivismus entfernt. Das geschah aufgrund seiner Übernahme eines wissenschaftlichen Germanismus.

Es ist aber wichtig hervorzuheben, dass Comte und Spencer viele gemeinsame Ideen haben, aber sie nicht mit der politischen und ideologischen Analyse zum Verständnis der Entwicklung der Zivilisation einverstanden waren und darüber sagt Alonso (1995, S. 4)

[...] sie waren ganz einverstanden bezüglich der grundlegenden Rolle der Wissenschaft als Mittel von Intervention und der Veränderung der menschlichen und natürlichen Welt und als wirkendes Mittel der Modernität und der Zivilisation; der Positivismus Comtes und die Entwicklung Spencers geben diesem Begriff die perfekte Grundlage und, aus diesem Gesichtspunkt gesehen, spielt dieser Unterschied keine bedeutende Rolle. Es ist die wissenschaftliche Kenntnis der Gesetze, die die Natur und die Geschichte regeln, die den Aufbau der

Projekten der Zivilisation ermöglicht und die fähige Katalysatoren für die Minderung oder Verkürzung der Leiden des Zivilisierungsprozesses. Jedoch stimmten die zwei Systeme in einem grundlegenden Punkt nicht über, und zwar, der politische und ideologische Weg, um die Zivilisierung zu erreichen. Die Ideen Spencers wollten einen liberalen Weg für den Fortschritt, während der Positivismus Comtes eine autoritäre Perspektive mitbrachte. In Brasilien die Theorien hatten unterschiedliche Auslegungen der sozialen Realität. Der darwinistische Ton Spencers ist dem in der brasilianischen Kultur verbreiteten Liberalismus angemessen. Die Idee Spencers, dass die Gesellschaft durch Auswahl- und Anpassungsgesetze (ähnlich den, die die Natur regeln) regiert wird, könnte die soziale und politische Struktur als Ergebnis einer Natursauswahl rechtfertigen, wobei nur die Schwachen untergehen. Seine individualistische Perspektive erklärte auch den Aufstieg des *self-made-men* als Folge des Überlebens des Fähigers und den sozialen Ausschluss als Ergebnis des Kampfes ums Leben.

Das veranschaulichte Szenario erlaubt Vargas die Präsidentschaft der Republik zu erreichen und allmählich die Führungsregeln des Positivismus von Castilhos, vor allem während der Zeitpunkt des „Estado Novo“ (1937-1945), einzuführen. Damals wollte er die Idee der Wahlrepräsentation durch die wissenschaftliche Hegemonie ersetzen. Dies würde durch die Ordnung und die Verstärkung eines moralisch verantwortungsvollen Machthabers (der ein Regime für den Wohlstand und den Fortschritt machen würde) geschehen.

Derart sind viele der Führungsmerkmale dieser Behauptung, erstens, das Ende der Revolution von 1930. Am 03.11.1930 ein provisorischer Rat gibt die Macht an Vargas. Dementsprechend wird Vargas Chef der provisorischen Regierung und organisiert dann seine Ministerien, mit Lindolfo Collor für das Arbeitsministerium, Industrieministerium und Handelsministerium, Francisco Campos nimmt das Unterrichtsministerium und Osvaldo Aranha das Justizministerium.

Francisco Campos, bekannt als „Chico Ciência“ machte, aufgrund seiner Aufnahme von Eugenietheorien, eine Reihe von Änderungen im Unterrichtsministerium, unter anderem die Reform der Grundschule, Normalschule und Gymnasium, alles durch autoritäre Maßnahmen und ohne Teilnahme der Bevölkerung, basierend auf den Ideen von Euclides Roxo, damaliger Direktor des Colégio Pedro II. in Rio de Janeiro.

Am 10.11.1937 schließt Vargas das Parlament durch einen Putsch und ersetzt die Verfassung von 1934 durch eine andere, die durch den Justizminister Francisco Campos ausgearbeitet wurde, von der Verfassung aus Polen inspiriert. Dieser Text, übrigens, wurde als „A Polaca“ bekannt. Gleichzeitig vernichtete er die politischen Parteien, fängt eine Repression gegen seine Gegner an und gründete das DIP (Departamento de Imprensa e Propaganda), das die Idee des „Estado Novo“ verbreitete.

Am Anfang der 40-er Jahre wurde das Strafgesetzbuch (decreto-lei nº. 2848, von 07.12.1940) und die Strafgesetzsordnung (Decreto-Lei nº. 3.689 von 03.10.1941)

erlassen, aber beide traten erst am 01.01.1942 in Kraft. Damit könnte man auch die Verbindung, besonders zwischen den klassischen und positiven Schulen, sehen.

In der Darlegung der Gründe des Strafgesetzbuches (1980), macht Campos die folgende Überlegung:

In Verbindung mit fast allen der modernen Veränderungen, das Projekt ist weder orthodox noch übernimmt es bedingungslose oder undurchdringliche Kompromisse mit keiner doktrinarischen Schule, die eine Lösung für die Strafrechtsprobleme beanspruchen wollen. Statt einer vollkommenen Politik im Bereich des Strafrechts zu übernehmen, neigt es zu einer Politik von Übereinkunft und Vergleich. Wobei die klassischen Postulaten einer gemeinsamen Sache mit den Prinzipien der Positiven Schule machen.

Und in der Darlegung der Gründe der Strafgesetzzordnung (2012), stellt er klar: “wenn sie (Strafgesetzzordnung) nicht mit der systematischen Einschränkung der öffentlichen Gewalt gleich zieht, dann inspiriert sie auch nicht den Geist eines bedingungslosen Autoritarismus des Staates oder eine systematische Warnung gegen die individuellen Rechte und Garantien”.

Jedoch sind beide Gesetze lebendige Instrumente einer Epoche eines totalitären Regimes und stark von Faschismus durchsetzt, auch von einem bürgerlichen Nationalismus orientiert vom Positivismus, denn die Strafgesetzzordnung, sowie der Besondere Teil des Strafgesetzbuches sind in Brasilien noch immer in Kraft.

Darüber hinaus ist nicht zu vergessen, dass die juristischen Arbeitsreformen durch den ehemaligen Bundestagsabgeordneten (aus Porto Alegre), in der ersten Republik, Lindolfo Collor geführt wurden. Er war ein durch den Positivismus inspirierter Politiker, welcher der erste Arbeitsminister von Getúlio Vargas war und die formelle Struktur des *trabalhismo* gegründet hat. Er hat einschließlich den Erlaß des *Consolidação das Leis do Trabalho (CLT)*, 1943, veranlasst. Das CLT ist ein Text aus dem *Carta del Lavoro* von Mussolini inspiriert und ist in Brasilien bis heute in Kraft.

Die Diktatur von Vargas wurde erst mit der Wiederdemokratisierung von 1946 beendet, aber Vargas selbst kommt wieder an die Macht (1951-1954), diesmal durch die Volksabstimmung, bis zu seinem Selbstmord 1954.

Nach mehr als 10 Jahren hat Brasilien eine neue Krise, als die Militärs 1964 die Macht aufgrund einer angeblichen moralischen Falschdarstellung des Zeitraums von João Goulart übernehmen. Damit lassen sie die Idee von Augusto Comte durchblicken, um die Wirkung “der Ordnung” wiederherzustellen, obwohl dies nicht verantwortlich gemacht werden kann für die spätere Entwicklung der Taten, unter Strafe einer verhassten Ungerechtigkeit.

Schließlich gründet Getúlio Vargas während des „*Estado Novo*“ die Maßnahme des *decreto-lei*, einer Maßnahme mit der Kraft eines Gesetzes, die durch den Chef der Exekutive erlassen wird, und als Ziel hat die Legislativkraft in seinen

Händen zu konzentrieren, die damals aufgehoben war. Dasselbe Instrument wird auch durch die Militärs ab 1964 benutzt werden.

Die gerichtete Achtung zu diesen Fakten zeigt deutlich den Einfluß des Positivismus auf die Geschichte, die brasilianische Gesetzgebung und auf die Aufnahme seiner Prinzipien durch die Machthaber jeder Zeit. Außerdem sagt Alonso (1995, S.11)

Eigentlich, die Klassifikation in orthodoxen/heterodoxen oder lafiteisten/littristen reicht für den brasilianischen Kontext nicht. Die Annahme des Positivismus in Brasilien hat den doktrinarischen Variablen nicht gehorcht, sondern, vor allem den regionalen, politischen und geistigen Eventualitäten. Im Allgemeinen die Schriften Comtes haben mit der schon gebildeten - oder in Bildung - Denktradition sich in Verbindung gesetzt, und wurden von den Charakteristiken jeder Gruppe, die sie aufgenommen hat, abhängig. Dann wir können sagen, dass es nicht nur einen Positivismus in Brasilien gibt, sondern verschiedene Arten von denen, deshalb sollen sie auf einer pluralistischen Perspektive verstanden werden.

Somit sehen wir, dass die provisorische Republik in Brasilien 104 Jahre gedauert hat, denn erst 1993 hatte das Volk die Möglichkeit zu wählen, durch Plebiszit, am 21.04.1993, welches Regierungsregime (parlamentarische Monarchie oder Republik) und das Regierungssystem (Parlamentarismus oder Präzidentialismus) es in Brasilien haben wolle. Damals hat die Mehrheit der brasilianischen Bevölkerung für die Fortsetzung des republikanischen Regimes entschieden, mit 86% der gültigen Stimmen, und für das präzidentialistische System.

Schließlich ist es wichtig zu erinnern, dass der Comtismus als Voraussetzung die Regierung der Elite hat, während dem Volk nur eine Aufgabe bleibt, und zwar zu arbeiten. Arbeiten ohne etwas zu fordern, ohne sich zu organisieren und ohne zu protestieren, denn nur *die ordentliche Arbeit könne den Fortschritt bestimmen*. Überdies sollte die Politik eine Wissenschaft werden und, dafür, müsste sie auf langen Beobachtungen des Zivilisierungsprozess basieren, sowie auf einer Strukturierung des sozialen Systems, welches solche Erfahrungen erlauben würde.

In dem positiven Staat würde der Altruismus über den Egoismus triumphieren und das in der Macht inthronisierte Bürgertum würde alles machen, um den Klassenkampf verschwinden zu lassen, denn die Schwachen würden die Starken verehren und diese würden wiederum die anderen schützen.

Also, während die Wissenschaft wartet, dient das Recht als ein Instrument für die Vorbereitung des sozialen Bodens, indem die notwendigen Erfahrungen für den Ausbau einer zur Ordnung gerichteten Politik gemacht wird.

Im Bereich des Positivismus bildet die Wissenschaft die positive Philosophie, in dem Sinne dass diese die Phänomene unter Berücksichtigung derer erklärt und interpretiert. Alle nicht geklärten oder nicht verstandenen Phänomene werden gern der Metaphysik, Theologie oder der Wahrheit von Glauben an die positive Philosophie überlassen.

Jedoch ist die Analyse des Rechts hier ein bisschen perverser, wenn wir das Paradigma der Modernität und des Kapitalismus bedenken – die getrennte Wege hatten, obwohl sie in bestimmten Punkten übereinstimmen.

Anfangs ist es notwendig, eine politische Analyse der sozialen Phänomene zu unternehmen. Und der Positivismus gibt hier den wissenschaftlichen Charakter zusammen mit der Entwicklung des liberalen Kapitalismus. Alles ist möglich durch ein staatliches normatives System, das der Positivismus legitimiert und die Rolle des Regulators der sozialen Beziehungen ausübt.

Danach, mit dem organisierten Kapitalismus, dient das Recht für die Formulierung der Prinzipien des Providenzstaats und, damit, verliert es seine Autonomie und seine Rolle als Regulator/Legitimator des Staates. Diese Situation führt das Recht in eine Banalität.

Im letzten Moment (als unorganisierter Kapitalismus genannt) manifestiert sich genau eine Verstärkung des Kapitalismus über dem Staatsprinzip. Also führt der Zusammenbruch des Providenzstaats zu einem Verlust der politischen Rolle des Rechts, zu einer Banalisierung und schließlich zu seiner Unwirksamkeit, denn seine Normen können nicht mehr eine wirksame und fruchtbare Regelung schaffen.

Der positive Staat von Comte hat versagt, aber der Positivismus war fundamental, um das Recht zur Verfügung des Kapitalismus zu stellen und folglich die Festigung des Kapitalismus in einer eigenen, hegemonischen und herrschenden Produktionsweise zu bewerkstelligen.

Aber in Brasilien wurde das Recht durch die Idee der positiven Philosophie derart geprägt, dass es während fast aller Zeiten der Republik eine Position des Rechts gab, aus der viele individuelle Rechte entnommen wurden. Die Pflichten wurden betont, die Vernachlässigung der öffentlichen Politik herrschte und die Gründe dafür werden wir anderenorts sehen.

2 SOZIALE KONFLIKTE UND DER JURISTISCHE POSITIVISMUS IN BRASILIEN

Bei den bis jetzt vorgestellten Daten/Fakten merkt man, dass das Recht dem Staat als Basis für ein System von Ausgrenzung und Unterdrückung diene.

Ab dem Anfang der 80-er Jahre des letzten Jahrhunderts wird Brasilien großen, sozialen Problemen wegen seines Modells vom „Estado mínimo“ entgegnetreten. Ziel des „Estado mínimo“ war auch die Schließung der universellen, sozialen Programme.

So hatte Brasilien verschiedene soziale Probleme vor sich, wie z. B., die Sozialversicherung, die Arbeitslosigkeit, die Ausbildung, unzureichende Altersvorsorge, städtische Kanalisation, Mängel an ärztlicher Hilfe für die Bevölkerung bis zur großen Steigerung der Gewalt und des Elends, Konflikte in der Landwirtschaft, Mängel an angemessenem Wohnraum in den Städten, Korruption,

Mängel einer wirksamen Kontrolle der öffentlichen Finanzen und anderer Strukturprobleme.

Schließlich erreicht die öffentliche Politik ohne Zweifel die schwerste Krise der letzten 50 Jahre.

In den 80-er Jahren sieht man eine zunehmende reduktive wirtschaftliche Analyse bezüglich der sozialen Fragen, welche ab dann nur als bloße Besitzstandsdenkprogramme von Transfereinkommen angesehen wurden. Darunter das „bolsa-família“ und das „bolsa-escola“. Nach einem kurzen Zeitraum soll der Staat gangbare Alternativen und Strategien für eine korrekte Verarbeitung der sozialen Fragen aufzeigen, denn diese können nicht nur als Ziel per se angesehen werden.

Zunächst soll dann die öffentliche Politik eine Reihe von Maßnahmen, die zumindest die Grundlebensbedingungen für die Bevölkerung gewährleisten soll, schaffen und, damit, Themen wie Sozialversicherung, Sozialhilfe, Ausbildung, Gesundheit, Arbeit und Vernichtung des Elends, Wohnung, Verkehr, städtische Kanalisation und Agrarreform fundamental vorantreiben.

Alle diese Themen müssten Teil der Implementierung einer Notagenda in Brasilien sein. Die Relevanz zeigt, dass diese Themen wirkliche nationale Ziele sind und nicht mehr aufgeschoben werden sollten und vielmehr mit einem eventuellen, künftigen, wirtschaftlichen Wachstum verbunden sind, als dass man sie länger aufschieben könnte.

Das Recht hat deshalb eine sehr wichtige Rolle in dieser Situation und sein Verständnis kann nicht mehr von einem dogmatischen Positivismus und seinen Derivaten abhängig sein. Eigentlich ist die brasilianische Rechtsordnung durch tiefe Widersprüche gekennzeichnet.

In der Tat hat die Verfassung von 1988 den Schutz der Bürgerrechte vergrößert und hat erheblich den Schutz bezüglich der Erlangung der vollen Gleichheit der Rechte und Pflichten von Männern und Frauen erleichtert, im Bereich des Verbraucherrechts, des Rechts der Bevölkerung um Gesetzesvorschläge dem Parlament vorzustellen, im Umweltschutz und in der Anerkennung der Rechte Indianer. Dafür ist die brasilianische Verfassung von 1988 als „*constituição cidadã*“ bekannt.

Jedoch bestehen die Rechte, um erfüllt zu werden. Andernfalls können sie falsche Erwartungen der Bevölkerung schüren. Dies könnte nicht nur zu Bestürzung führen, aber auch intensive Revolten in kurzer Zeit auslösen.

Die Verfassung sollte so nicht zu etwas Leerem kommen, denn sie hat eine symbolische und effektive Rolle, um ein neues Rechtsmodell einzuführen. Hinsichtlich Brasiliens war die wirtschaftliche, politische und soziale Reform auf dem Kampf gegen das militärische Regime heraus auf der Suche nach einer Restaurierung eines demokratischen Rechtsstaates aufgebaut.

Ab dem Verfassungstext von 1988 hatte Brasilien die Möglichkeit eines Providenzstaatssystems – ähnlich dem implementierten nach dem Zweiten

Weltkrieg in Europa sozialen Wohlstandsstaat – zu schaffen. Klar ist jedoch, dass eine solche Veränderung die Änderungen der Interessenvieler Leuten nach sich gezogen hätte. Und viele Personen wollten keine Veränderung im vorhandenen System.

Diese in der Verfassung von 1988 gewährten Rechte hatten sich am Ende der 70-er Jahre, Anfang der 80-er Jahre initiiert. So wurden sie langsam und allmählich durch den Druck der sozialen Bewegungen, Entwicklungs-, Demokratische-, Umverteilungs- Reformen implementiert.

Die Bereiche von Wohnung, städtische Kanalisation, öffentlicher Verkehr und Gesundheit liessen weiterhin auf sich warten, während die Bildung durch aufeinander folgende Kontinuitäten und Mängel des politischen Willens zur Implementierung der Reformen des Verfassungstextes gekennzeichnet war.

Die 90-er Jahre sind durch tiefe Krisen im wirtschaftlichen Bereich und die Umleitung der Agenda der Forderungen der Regierung gekennzeichnet, dies sich nach der Außenpolitik richtet und die Regelung des Konsens mit Washington und international, des FMI und der Weltbank anwendet. Damit unterstützt sie die Vorherrschaft des neoliberalen Modells und bricht mit jeder Spur des keyensianischen Paktes, der Politik der vollen Beschäftigung oder des Providenzstaates, der in den Nordstaaten adaptiert wird. Im politischen Bereich beobachtet Brasilien den Anfang der Ära von Fernando Collor und die Reorganisation der konservativen Kräfte.

Somit wird eine Reihe von gewährten Rechten nochmals überdacht und gegenüber eines internationalen, globalisierten Modells ist die Arbeitsgesetzgebung die erste, die unter den Konsequenzen leidet, die aufgrund des intensiven Versuchs der Unterdrückung der Arbeitsrechten zugunsten einer Marktflexibilisierung und des Wechsels des Staatsprovidenzmodells entstehen, die als eine übermäßige Belastung und als Urheber der Steuerkrise, welche die nördlichen Länder der Welt in Mitleidenschaft zieht und, als Konsequenz, müssen die südlichen Länder eine neue Richtung einschlagen, um die Interessen einer neuen, blühenden Ordnung zu befriedigen.

In Brasilien erreicht die Globalisierung ein unvorbereitetes Land, denn die damalige frische Verfassung beschreibt eine Reihe von sozialen Rechten, die nach dem Verständnis der neoliberalen Agenda nichts anderes als der Ausdruck der Wohlfahrt angesehen werden kann. Damit wird die Auslegung der Verfassung nach der „Estado mínimo“ Idee durchgeführt und nach dieser Auslegung sind die Rechte nichts anderes als Privilegien, die der Regulatorienstaat nicht tolerieren kann und deshalb die Privatisierung der öffentlichen Dienste notwendig macht, um die Haushaltsanpassung zu promovieren und, vor allem, die internationale Agenda zu erfüllen.

Verschiedene sind die Zeichen, welche diese Denkweise zeigen, darunter konnte sich das Emenda Constitucional de Revisão nº. 1, von 01.03.1994 hervorheben, welche den Fundo Social de Emergência gründete und die Beibehaltung durch die nationale Regierung von circa 20% der Sammlung der Mehrheit der brasilianischen Steuern erlaubte, darunter die verknüpften Fonds, in

den Bereichen von sozialer Versicherung, Bildung und Gesundheit. Dies führte zur Wiederkonzentrierung der Steuern, die die Finanzierung der sozialen Politik erschweren machte.

Kurz danach entsteht durch die Implementierung des Plano Real eine Anpassung der brasilianischen Makroökonomie, aber bricht mit der sozialen Entwicklung, weil sie die Kapazität der Intervention des Staates in die Wirtschaft verkleinert, die soziale Ausgrenzung beschleunigt und damit den Arbeitsmarkt erreicht, mit einem Wachstum der Arbeitslosigkeit, der mehr als die Hälfte der Arbeiter in die Informalität führt, ohne jegliche Rechtsgarantie. Dies hat als Folge die Zunahme der Gewalt in den Städten, der häuslichen Gewalt, des Drogenhandels, der Kinderprostitution, des Zerfalls der Familie usw.

Auf der anderen Seite erhöht sich die Notwendigkeit der Steigerung der Zinsen der öffentlichen Schulden extrem und die Nettoverschuldung, die 1994 152 Milliarden Reais betrug (30% des Bruttosozialprodukts) wird sich bis 2002 auf 881 Milliarden Reais (55% des Bruttosozialprodukts) steigern, trotz des Privatisierungsprogramms des Staates, das im Verlauf mehr als 90 Milliarden seines öffentlichen Eigentums veräußerte.

Im sozialen Bereich sieht man die katastrophale Situation der Sozialversicherung für den normalen Arbeiter, denn für das Erreichen des Ruhestands braucht man 35 Jahre wirksamer Beiträge und nicht mehr 35 Arbeitsjahre, oder das Erreichen des Alters von 65 Jahren für die Männer und 60 Jahren für die Frauen, aber nur mit mindestens 180 Beitragsmonaten, gem. Art. 201 § 7º der brasilianischen Verfassung. Damit wird klar, dass die Mehrheit der Arbeiter keine soziale Vergünstigung bekommen werden, denn fast 60% der brasilianischen Arbeiter arbeiten auf dem informellen Markt.

Andere Daten sind auch wichtig, darunter die Tatsache, dass Brasilien ca. 8 bis 10 Milliarden Reais zwischen 1993 und 2002 in Wohnhäuser für die arme Bevölkerung, in städtische Kanalisation investiert und, ab dem Zeitpunkt des Plano Real sich gezwungen sieht, 500 Millionen Reais Zinsen pro Tag zu zahlen, was klar beweist, dass die Investitionen (die in 10 Jahren gemacht wurden) in solchen Bereichen der Zahlung von 20 Tagen Zinsen der internen Schulden liegt.

In Gesundheits- und Bildungsbereichen wird das Problem schlimmer aufgrund der Notwendigkeit der Beachtung des Gesetzes der Finanzverantwortung (Lei de Responsabilidade Fiscal (Lei Complementar nº. 101, von 04.05.2000)), welche Staatsfinanzenregelungen für die Verantwortung in der Finanzverwaltung aufstellt. Dieses Gesetz hat als Ziel die Minderung des Risikos, welches den Staatsfinanzen schaden könnte. Dies wäre möglich durch die Planung, Kontrolle, Transparenz und Verantwortung der Verwaltung. Damit bestimmt sich, dass die Ausgaben mit Personen nicht die 50% des Nettoergebnisses für die Bundesverwaltung und 60% für die Bundesregionen und Städte überschreiten können. Jedoch sind genau diese Ausgaben mit Personal die höchsten Ausgaben in diesen zwei Bereichen.

So, um den effektiven Investitionsmangel im politisch- und sozialen Bereich zu kompensieren (wie in der originalen Redaktion der brasilianischen

Verfassung), wurden die sog. Transfereinkommensprogramme vergrößert, die zu einem neoliberalen Modell gehörten und gleichzeitig die Idee verkaufen, dass die sozialen Maßnahmen nur den Reichen dienen und damit mit den Regeln brechen, die das Modell des „Estado Mínimo“ unterstützen und das Erreichen der Ziele erlauben, die durch die internationalen Organisationen auferlegt wurden (Internationaler Währungsfonds, Weltbank und WTO). Somit werden universelle, soziale Maßnahmen in eine Art Assistenzialismus konvertiert.

Diese Perspektive hatte sich mit den letzten Regierungen nicht geändert, die bei demselben Assistenzialismus-Modell verblieben. Der Schwachpunkt dieser Wahl erlaubt eine klientelistische Wahlpraktik, welche die politischen Umstände schwächt und den Rückgang der organisierten, sozialen Bewegungen fördert.

Zum Verständnis dieses brasilianischen Prismas durch die Augen des Rechts, ist es zuerst notwendig festzustellen, wie das juristische Wissen in Brasilien gelehrt und wiedergegeben wird.

Heutzutage privilegieren eine große Anzahl der rechtswissenschaftlichen Fakultäten die bloße Praxisbildung, mit einer großen Sorge für den Markt, mit der Umwandlung des aktuellen juristischen Wissens in einem bloßen Verbraucher-Verhältnis, indem die bloße Lösung seiner Fälle reicht, sich *zujurisconsultos* zu ernennen. Dafür nehmen sie die Postulaten des Naturrechts sowie die des Positivismus.

Dementsprechend sind sie mit technischen und verfahrensrechtlichen Aspekten zufrieden, ohne eine effektive Diskussion über die soziale Rolle der Gesetze und der Gesetzbücher zu führen.

Die Vorlesungen werden meistens in einer pädagogischen Massenstruktur gegeben, ohne Dialog und Reflexion der Studenten.

Die Vorlesungen sind „magistrais“, indem normalerweise nur die Professoren sprechen und die Studenten nur hören und Notizen schreiben. Es sind jedoch nur zwei Arten von „aulas magistrais“ erlaubt, besser gesagt, die kelsenianische, die den Inhalt der Bücher reproduziert, welche die Studenten obligatorisch besuchen müssen, lesen und studieren; und der orteguianische, welche auf eine rhetorische Improvisation abzielt, indem der Magister, aufgrund seiner verbalen Virtuosität, die Studenten fasziniert, ohne jedoch das Wissen zu übertragen.

Darüber hinaus sagen Warat und Pêpe (1996, S.68)

[...] die Kritiken richten sich vor allem an die Rechtsschulen, mit dem Versuch die Rolle der offiziellen Bildung als Produzent von Ideen und Glauben zu zeigen, die sich bald in die sozialen Aktivitäten als ein Wert a priori, voller Gewissheiten und Dogmatiken, eingewebt werden sollen. Aus dieser typischen Strategie der Rechtsschulen entsteht ein Handlungs- und Denksystem mehr oder weniger verbreitet und unklar, wobei die Berufungen und Richtlinien trivial angenommen werden; genauer gesagt, bar eine kritische Reflexion der juristischen Theorie und Praxis.

Aus diesen Gründen ist es notwendig, die epistemologischen Grundlagen des Naturrechts und des Positivismus zu überprüfen; den Einfluß dieser philosophischen Meinungen auf das aktuelle Recht und später festzustellen, ob sie im Bereich des Umweltrechts angewandt sein können.

Um diese Diskussion besser zu erklären, nehmen wir das Beispiel der besonderen Diskussion zwischen dem Naturrecht und dem Positivismus im Zeitraum des Endes der Sklaverei in Brasilien.

Damals war die Sklaverei für einige Anhänger des Naturrechts nicht eine natürliche Notwendigkeit, sondern eine Bequemlichkeitsfrage und somit gab es mit dem Ende der Sklaverei keine Notwendigkeit, dem ehemaligen Eigentümer Schadenersatz zu zahlen, denn in dem reinen Naturrecht wurde die Figur des Sklaven nicht akzeptiert. Andere Naturrechter waren mit dieser Denkweise nicht einverstanden, denn sie argumentierten, dass nur das Eigentum der durch die Männer gemachten Arbeit und nicht der Mann selbst zum Schadenersatz berechtigt.

Auf der anderen Seite hatten sich manche Positivisten an die Gesetzestexte gehalten, besonders zur Reichsverfassung (Art. 179 § 22), die den Schadenersatz im Falle der Enteignung von Immobilien gewährte. Und somit würden alle Eigentümer von Sklaven Schadenersatz bekommen können, denn die Verfassung machte keinen Unterschied zwischen Menschen und Sachen, und deswegen auch nicht für die in Bewegung befindlichen sozialen Änderungen in den Institutionen des wohlverworbenen Rechtes und des perfekten Rechtsakts.

Aber andere Positivisten besagen, dass der Staat nur Schadenersatz bezahlen könnte, wenn er die Sache nutzen oder beibehalten könnte, was mit den Sklaven unmöglich war, denn sie würden den früheren Zustand verlassen um die Freiheit zu erlangen.

Damit wurde festgestellt, dass die Naturrechter und Positivisten meistens zum selben Schluss kommen. Das moderne Naturrecht hat als Voraussetzung die Existenz von angeborenen und unveräußerlichen Grundrechten.

Der normativistische Positivismus sieht im Staatsgesetz die einzige Rechtsquelle.

Beide vergessen jedoch auf die Existenz der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Fragen, welche das soziale Denken ergeben. Damit, mit der Behauptung, dass solche Fragen metajuristisch seien, sind sie aus den sozialen Reformen ausgenommen und schaffen eine Reihe von Normen, die ein verschlossenes System aufbauen, das - obwohl von einem formellen Standpunkt aus gesehen sehr kohärent - keine Reflexion über die Realität zulässt, und die Figur des *Dogmas* Vorrang nimmt.

Aber ab dem letzten Jahrhundert wurde der kartesianische Rationalismus durch die Wissenschaftler in Frage gestellt, dass Bachelard einen dialektischen Rationalismus formt, der einen Dialog zwischen Vernunft und Erfahrung vorschlägt. Damit würde er eine Brücke schlagen zwischen den mathematischen Formulierungen und den praktischen Experimenten. Nach dieser Idee wäre die Mathematik nicht ein bloßes Ausdrucksmittel von physischen Gesetzen oder ein

statisches System von Ideen, sondern wäre aufgefordert eine Beziehung zu entwickeln zwischen dem angewandten Rationalismus und der natürlichen Welt.

Aus dieser Perspektive ergab sich keine Sorge mehr bzgl. der Suche einer absoluten Wahrheit, denn der Wissenschaftler wurde jederzeit zur Wiederformulierung seines ganzen Denkens gezwungen. Dies geschieht aufgrund der Tatsache der neuen problematischen Fakten, die im Lauf der Zivilisation entstehen und deswegen würde kein Platz mehr für einen orthodoxen Rationalismus übrigbleiben.

Damit wird bestätigt, dass das Naturrecht und der Positivismus auch noch die Fortsetzung der Diskussionen polarisierten sowie die Art, wie die juristischen Phänomene heutzutage zu sehen sind.

Das Naturrecht richtet seine ideologische Konstruktion nach der Suche einer gerechten Ordnung, während des Positivismus seine Hauptsorge in der etablierten Ordnung hat.

Für den Positivismus ist die soziale Gerechtigkeit gänzlich entbehrlich. Es reicht für sie die Konkretisierung einer sozialen Ordnung die bestimmt, was rechtmäßig oder unrechtmäßig ist. Damit würde die Gerechtigkeit automatisch kommen.

Der Naturechtler andererseits stützt seine Argumentation auf feste Prinzipien, die niemals durch die Gesetzgeber modifiziert werden könnten.

Darüber heben Warat und Pepê (1996, S.59) hervor, dass

[...] die positivistische Theorie eine Art von begrifflichen Realismus – beschreibenden Konzeptualismus – viel näher dem ethischen politischen Konzeptualismus, typisch für das Naturrecht, denn sowohl der beschreibende Konzeptualismus der Positivismus als auch den ethischen, politischen Konzeptualismus der Doktrinen des Naturrechts die soziale Natur der juristischen Bedeutungen, die das Produkt der sozialen Interaktion ist, unterschätzen. Positivismus und Naturrecht sind effektiv zwei analoge Formen, um die Gesetzestexte durch die expressive, rationale Konstruktion lesbar zu machen. Aus dieser Sicht ist der beschreibende Konzeptualismus nichts anderes als ein versteckter, ethischer, politischer Konzeptualismus. Nicht kohärenter ist deshalb, als die Rechtspositivisten und die Naturrechtlern in dieselben ideologischen Gebiete zu stellen.

In dieser Argumentation konstruieren die Positivisten ein voll in der sozialen Ordnung aufgenommenes Recht, ohne zu fragen, wie es durch die herrschenden Gruppen, welche die Gesetze durch die „Staatswege“errichten, etabliert wurde.

Die Naturrechtler denken, dass die dieselben Normen durch ein Kriterium der “Gerechtigkeit” angemessen werden müssen, welche die Legitimität seines Produzenten und des effektiven Inhalts umfasst, aber der Standard für die Rechnung dieser Messung ist nicht ganz bestimmt.

Die Überwindung dieses Schocks zwischen dem Naturrecht und dem Positivismus müsste durch einen dialektischen Prozess geschehen, der die gültigen Voraussetzungen der zwei philosophischen Meinungen hernimmt.

Dementsprechend ist die Lehre von Lyra Filho (1982, S. 24-25, in der Arbeit “Carta aberta a um jovem criminólogo”) richtig, in der er den Begriff von Dialektik erklärt, dass:

[...] der wesentliche Punkt der Dialektik (indem ohne das, wird er proudhonesca) ist die Kategorie der Totalität und die Anerkennung, dass es keine festen Atome gibt. Falls wir jeden Aspekt von Tatsache, Norm und Wert trennen, um sie dann in eine dialektische Interaktion zu stellen, wird sie zum Selbstzweck, weil für die Opposition nur die Fakten dessoziologischen Positivismus, die Werte des metaphysischen Idealismus und die Normen des reinen Staatsvoluntarismus bleiben können oder die Gewohnheitsbildung (der herrschenden Klasse) und die Gerichtsbarkeit der Justiz (die auch nicht über der Aufteilung der Klassen schwebt).

Schließlich beendet der Rechtsphilosoph seine Ausführung: “Das Recht ist keine Sache, auf den Tisch gestellt, als Tatsache für die positivistische Mahlzeit”.

Der Ausgangspunkt für die Bildung eines neuen Modells ist die Rechtssoziologie, die Sorgen mit den sozialen Veränderungen hat, den verschiedenen, normativen Ordnungen, dem Recht der Minderheiten und der durch die herrschende Klasse durchgesetzten Ordnung.

Zu diesem Unterfangen lassen sich auch die Studien der Rechtssoziologie rechnen, die als Gegenstand ihres Studiums die Reflexion des positivierten Rechts in der Gesellschaft haben.

Aber der Ausgangspunkt für die Änderung ist die Analyse des Einflusses der juristischen Aspekte im Gesellschaftsleben.

Somit sagt Lyra Filho (1985, S.64-65):

[...] Der Weg zur Korrektur der Verzerrungen der Ideologie fängt nicht mit der Prüfung, was der Mann über das Recht denkt, an, sondern was er juristisch macht. Könnten wir dann zu einer Dialektik des Rechts nicht als eine bloße psychische Auswirkung in den Köpfen der Ideologen kommen, aber als soziale Tatsache, festen und konstanten Aktionen, welche die psychischen Auswirkungen abfedern [...] Für eine dialektische Auffassung des Rechts müssen wir vorher überprüfen, ob die dialektische Auffassung der Gesellschaft, in der der Staat und das staatliche Recht ein nicht unehrbliches Element sind, nicht sekundär sind.

Deshalb soll das Denken des Juristen, des Richters oder von jedem Betreiber des Rechts heutzutage nicht mit Dogmen, die die Suche für das Richtige und Bewusste stören können, verknüpft werden. Die Dogmatik, egal ob als

Systematisierung der Begriffe oder Methode der Interpretation, darf nicht die Anwendbarkeit eines Prinzips stören.

Übrigens leiden die dogmatischen Bildungen unter dem Risiko, schnell als Gefangene einer formellen Dimension angesehen zu werden, die etwas von der Gesellschaft und dem Existentiellen ausnehmen, weil sie Fakten entfernen bzw. nicht berücksichtigen.

Somit, müssen die soziologischen Aspekte der Fakten, die Identifizierung der beeinflussenden Realität, des juristischen Bewusstseins im Moment der Interpretation und deren spätere Anwendung des Rechts berücksichtigt werden.

Jedoch merkt man in Brasilien, dass der Jurastudent noch eine große Anziehung für die ehemalige, epistemologische Basis hat und sich an den Formalismus und den Positivismus klammert, an die Zeit der Bildung und Konsolidierung des Liberalstaats und auf diese Weise versteht, dass die gesamte Realität durch die positiven Normen nachgewiesen wird. Diese Haltung stellt eine gewisse Bösgläubigkeit (bösen Glauben) oder Künstlichkeit kombiniert mit Naivität dar.

So ist die Meinung von Lyra Filho (1980, S.19) aufschlussreich, didaktisch und voll zutreffend, denn:

[...] neues Recht fordert eine Beobachtung der juristischen Realität, während es durch die Praxis und die Pluralität von Ordnungen, in einer befreienden Perspektive engagiert und mit einem gut definierten, politischen Sinn (SANTOS, 1977: passim) erlassen wird. Ich meine nicht, das ist klar, einen politischen Sektarismus, sondern das Engagement der Geschichte. Ich beziehe mich auch nicht auf die Pluralität „alla“ SANTI ROMANO: die pluralen und konfliktreichen Rechtsordnungen kommen genauso aus einer klassischen Gesellschaft, denn sie existierten vorher nicht und es wird auch vermutet, dass sie auch nachher nicht so bleiben würden. In den primitiven Gemeinschaften hatte die soziale Dialektik der Normen, einschließlich der juristischen, ihren einheitlichen Start, indem ihre Trennung später die Wege der Organisation der asiatischen oder sklavistischen Produktionsmethoden begleiten wird.

Heutzutage können die kantianischen Antinomien nicht tatenlos akzeptiert werden, welche das Wesen der Phänomene trennt bzw. unterscheidet. Das Wesen ist umfassend und verwirklicht sich durch die Geschichte, deswegen ist es in den Phänomenen enthalten und weist dynamische und nicht statische Merkmale auf. Das Recht kann dann nicht durch Dogmas analysiert werden. Das Dogma würde zu einem Problem werden und deswegen ist es notwendig, die bloße Anwendung der formellen Logik zu überwinden, und durch eine Prüfung der Normen und der Konflikte durch ein Prisma der sozialen Dialektik zu ersetzen. Nur durch ein dialektisches Verfahren kann sich das Wesen der Phänomene darstellen. Somit ist der Gegenstand des Rechts die Befreiung aller Personen, mit dem Vertrauen auf die Suche eines sozialen Wohlstands.

Jedoch folgt die Vorherrschaft der positivistischen Ideen im Bereich des brasilianischen Rechts den Begriffen von Ordnung und Fortschritt (*ordem e progresso*), welche die wichtigsten Instrumente von großem Nutzen für die Republikaner bei der Errichtung eines neuen staatlichen Modells geworden sind und deswegen wären sie eine Methode, welche die absoluten und universellen Wahrheiten auszudrücken versucht. Damit taucht die Frage des Rationalismus auf, denn es bliebe kein anderer Weg übrig: entweder die Adaption dieses Wegs oder wir würden uns verpflichten im Chaos zu leben.

So verbindet sich der normativistische Positivismus mit dem Rationalismus für die Bildung eines Begriffs der Disziplinarautorität, im Gegensatz zur den Begriffen von Freiheit und Gleichheit, die nur erreicht werden könnten, wenn die Gesellschaft durch eine Ordnung, ausgerichtet auf Fortschritt, geleitet werden würde.

Außerdem erklärten die Frankfurter, dass die Positivistischen Aussagen nur als richtig oder falsch anerkennen würden und wir nur von Wissen/Erkenntnissen sprechen könnten, wenn diese wahr wären und rational bewertet werden könnten. Die Aussagen müssten wissenschaftlich bewiesen und einen beobachtbaren Inhalt vorweisen können.

Damit nehmen die Positivistischen einen wissenschaftlichen Kritikstandpunkt ein, indem sie empirisch falsche Postulate entfernen und gleichzeitig alle nicht-kognitiven Überzeugungen ablehnen.

Die durch die Frankfurter entwickelte Theorie erlaubt, dass die Akteure eine Antizipation der Ereignisse vornehmen, ohne diese Situation mit einer Art der Zukunftsvorhersage zu verwechseln.

So werden alle Versuche entkräftet, welche sie den "Futurologen" gleichsetzen möchten, denn die Akteure werden als Personen angesehen, welche diese kritische Theorie aufgenommen haben und damit nach seinen Postulaten aufgrund einer Verpflichtung zur Rationalität handeln und deswegen haben sie sich von den wissenschaftlichen Theorien entfernt, welche in verschiedenen Situationen wissenschaftliche Technologien nehmen, die das rationale Denken konditionieren würden.

Mit dieser kritischen Theorie wird dann eine Selbstreflexion ausgearbeitet, die genauestens den Gegenstand und die Ideologie untersucht, welche ihr zugrunde liegt.

Gleichzeitig wird das Individuum über seine eigene Herkunft reflektieren und Kenntnis über sein eigenes Handeln erlangen. Dies führt es dazu, bestimmte Elemente zu sehen, die bisher unbewusst oder durch falsche Überzeugungen (Ideologien) geprägt waren.

Jedoch wird die Frankfurter Schule in sich selbst zu einem Ende kommen und um dieses Ereignis zu verstehen ist es notwendig seine historischen Kontext zu erklären.

Ferner stellt sich die Frankfurter Schule als ein einheitliches Denken zwischen ihren Anhängern dar, denn es gibt viele verschiedene Philosophien darunter, von jedem innerhalb seines Gebietes, mit großen, intensiv persönlichen sowie theoretischen Konflikten, von denen viele nicht geäußert wurden.

Damit wird deutlich, dass die Ideale der Frankfurter Schule sich auch nicht komplett konkretisiert hatten, denn der Versuch, die Gesellschaft als einen monolithischen Block und den Wechsel (s.h. die Veränderung) als die einzige und vollständige Alternative für die Gesamtheit der Gesellschaft zu sehen hat keine Möglichkeit einer Konkretisierung mehr, aufgrund der Komplexität, welche die globalisierte Welt mit sich bringt.

Boaventura de Sousa Santos setzte die Debatte der Kritik der Modernität durch einen neuen Ansatz fort, diesmal, im Bereich der Postmoderne und hatte als Ziel, eine Kritik der kritischen Theorie der Postmoderne zu unternehmen.

Somit lässt er von der Möglichkeit der Bildung einer allgemeinen oder gemeinsamen Theorie ab und schlägt eine Theorie der Übersetzung vor, welche es erlaubt, die verschiedenen Prinzipien der sozialen Transformation zu lesen und zu sehen, mit der Identifizierung der vorherrschenden Unterdrückungen und Bestrebungen.

Dieses Denken hat auch als Ziel, die Begriffe: Kapitalismus/Sozialismus, Imperialismus/Modernisierung und Revolution/Demokratie zu überwinden, die durch die Begriffe von post-industrieller Gesellschaft, Informationsgesellschaft, Globalisierung, Konsens von Washington, Teilnahme, Nachhaltige Entwicklung, u.s.w ersetzt worden waren.

Am Ende stellt sich heraus, dass die Herrschaft des Globalismus die moderne Wissenschaft zur Regulierung des Wissen verurteilt hat, was die Vernichtung etlichen Wissens zur Folge hatte. Die Theorie der Übersetzung möchte das hergestellte Schweigen identifizieren, schlägt die Verstärkung der vielen Stimmen der Unterdrückten vor, der Ausgeschlossenen, des sozialen Schweigens, mit dem Nachhallen der Klänge von der Soziologie der Abwesenheit und erlaubt so die selbstüberlegende Analyse, die Bildung eines emanzipatorischen Wissens.

In der Tat hat der Mensch die Fähigkeit, die eigene Umwelt für sein eigenes Nutzen zu verwandeln. Außerden kann er Kultur schaffen und die Natur verändern.

Jedoch muss man für die Bildung dieses neuen Denkens klar die methodologische Unabhängigkeit der sozialen Wissenschaft vor Augen haben, die nach der Meinung von Santos (1996, S. 22)

[...] wird immer eine subjektive Wissenschaft sein, nicht objektiv wie die Naturwissenschaften. Man muss die sozialen Phänomene im Zusammenhang mit den Geisteshaltungen und dem Sinn, den ihre Akteure zu ihren Handlungen bewegten, verstehen, deswegen ist die Anwendung von anderen Untersuchungsmethoden und selbst anderen epistemologischen Kriterien notwendig, als von den in den Naturwissenschaften angewendeten Kriterien, qualitativer Methoden anstatt quantitativer, mit dem Ziel, eines intersubjektiven,

beschreibenden und umfassenden Wissens, statt eines objektiven, erklärenden und nomothetischen Wissens zu erreichen.

Aber bei den heutigen Krisen kann man feststellen, dass anders als bei den vorherigen Krisen, welche die Menschheit in der verschiedenen Epochen verwüstet hatten, die aktuellen nicht nur einen Faktor zur Bestimmung haben.

In der Tat, aufgrund der Komplexität der heutigen Welt, kann man feststellen, dass diese Krisen durch eine Reihe von Faktoren entstehen, die auf die lebenswichtigen Anforderungen und die sozial-politische Organisation antworten.

Die aktuellen Modelle zeigen, dass wir in eine Konfliktwelt leben, die auf eine Krise der Wahrnehmung hindeuten, die beispiellose soziale, wirtschaftliche, politischen Probleme betreffen.

So kann man feststellen, dassman z. B. nur mit einer Verringerung der Armut eine Stabilisierung der Bevölkerung erreichen kann, oder dass es eine Verringerung der Luftverschmutzung und eine Minderung des Risikos für die Gesundheit der Menschen nur dann geben kann, wenn man die Qualität der zu verbrauchenden Wassers und der Lebensmittel garantiert. Aber das alles braucht ein Wandel in den Produktionsmitteln und des Konsums und des Verhaltens der Gesellschaft selbst.

In einer letzten Analyse müssen diese Probleme genaugenommen als verschiedene Facetten einer einzigen Krise angesehen werden. Außerdem ist die Wahrnehmung der Totalität eine Wahrnehmungskrise, denn es sind verschiedene Wahrnehmungen, die rivalisieren und es dadurch ermöglichen eben diese zu überwinden.

Zunächst muss man beobachten, dass das wissenschaftliche Wissen auch heute noch als Selbstwissen dargestellt wird. Damit ist Wissenschaft zu betreiben nichts anders als sich, die anderen und die Welt zu erkennen.

Ferner ist wichtig anzuerkennen, dass die Wissenschaft, sowie das Gesetz, nicht über eine vollständige, fertige und unkontroverse wahres Wissen(Erkenntnis) verfügt, was es notwendig machen würde den allgemeinen Konsens, das Praxis- und vulgär- Wissen zu fördern.

Dazu erklärt Santos (1996, S. 56),:

[...]der Konsens neigt dazu, eine mystifizierte und rätselhafte Erkenntnis zu sein, die aber trotzdem und obwohl sie konservativ ist, hat er eine utopische und befreiende Dimension, die durch den Dialog mit der wissenschaftlichenErkenntnis vergrößert werden kann.[...]

Der Konsens promoviert das Treffen zwischen Ursache und Absicht; unterliegt einer Sicht der Welt, der Handlung basierend auf dem Prinzip der Kreativität und der individuellen Verantwortung. Der Konsens ist praktisch und pragmatisch; er ergibt sich in Verbindung mit den Wegen und Erfahrungen einer bestimmten sozialen Gruppe und in dieser Kommunikation bestätigt er sich als zuverlässig und sicher. Der Konsens ist transparent und offensichtlich; vertraut nicht der Opazität der technologischen Ziele und glaubt nicht an die Esoterik der Kenntnisse im Namen des Prinzips der Gleichheit des Zugangs zum Diskurs, der kognitiven und sprachlichen

Zuständigkeit. Der Konsens ist oberflächlich, weil er den Strukturen keine Wichtigkeit schenkt, die jenseits des Bewusstseins sind. Aber genau aus diesen Gründen ist er exemplarisch, die horizontale Tiefgründigkeit der bewussten Beziehungen zwischen Personen und Personen und Sachen einzufangen.

Das Denken der Postmoderne braucht eine Imprägnierung von Konsens, denn nach der Meinung von Santos (1996, S. 57) ist:

[...] Die postmoderne Wissenschaft, in all ihrer Freundschaft mit dem Konsens, verachtet nicht das Wissen, welches die Technologie hervorbringt, aber versteht, dass so, wie das Wissen sich zur einem Selbstwissen verwandeln soll, die technologische Entwicklung sich in Lebensweisheit konvertieren soll.

Schließlich ist es noch notwendig zu sagen, dass es Lösungen für die Hauptprobleme unserer Zeit gibt, einige von ihnen sogar einfach, aber es bedarf einer radikalen Änderung in unseren Wahrnehmungen, unserem Denken und unserer Werte.

Die heutige Gesellschaft lebt mit Systemen von Ungleichheiten und Ausschlüssen, die durch die Verstärkung des weltweiten Kapitalismus verschärft werden.

Nach Santos (1999, S. 1-4) koexistieren die modernen Gesellschaften mit emanzipatorischen Prinzipien, welche von Gleichheit und sozialer Integration zeugen und Prinzipien der Ungleichheit und des Ausschlusses. Seiner Meinung nach:

Während das System der Ungleichheit paradoxerweise auf dem Essentialismus der Gleichheit aufgebaut ist (z.B. der Arbeitsvertrag ein Vertrag zwischen gleichen und freien Parteien ist), basiert das System des Ausschlusses auf dem Essentialismus des Unterschieds, auf einer Verwissenschaftlichung der Normalität und deshalb, des Interdikts, oder der biologischen Determinierung der Rassen- und sexuellen Ungleichheit.

Die sozialen Praktiken, die Ideologien und die Haltungen kombinieren die Ungleichheit und den Ausschluss, die untergeordnete Mitgliedschaft, die Ablehnung und das Interdikt. Ein System der Ungleichheit kann, wenn auch grenzwertig, mit einem System des Ausschlusses verbunden sein. Das ist wie das Kastensystem in Indien und der Ausschluss des Parias oder der Unberührbaren.

Sowohl die Ungleichheit als auch der Ausschluss können verschiedene Grade haben. Der extremste Grad des Ausschlusses ist die Vernichtung: Die Vernichtung der Juden und Zigeuner im Dritten Reich, oder bspw. die ethnischen Säuberungen von heutzutage. Der extremste Grad der Ungleichheit ist die Sklaverei.

Zusammenfassung

Nach alledem was hier gesagt wurde kann man festhalten, dass die Umweltfrage durch das Prisma der Interdisziplinarität angesehen werden muss und die Soziologie der Abwesenheiten und der Extremsituationen erlaubt eine kritische Analyse des Themas, mit dem Ziel, den positivistischen, dogmatischen und mechanischen Rechtsblick überzuwinden.

So muss eine ökologische, ausgewogene Gesellschaft, um die Verfassungsprinzipien zu beachten, auf eine andere Struktur aufgebaut sein, die als tragende Basis die demokratische Debatte hat; den Austausch von Informationen erlaubt; welche die kulturellen Verschiedenheiten respektiert; mit Förderung einer einheitlichen Gemeinschaft; mit der Förderung des klugen Konsums, der Produktion mit Materialien von längerfristiger Lebensdauer; mit der Wiedergabe eines stabilen Wirtschaftsmodells, indem die Individuen durch die Arbeit integriert sind und es keine Unterschiede zwischen dieser Zeit und der freien Zeit gibt; der die Verachtung für die manuelle/handwerkliche Herstellung verhindert; Verteilung des Wissens, der Kenntnisse und der Information; kulturelle Integration; Förderung der Arbeit als ein Genuss und es erlaubt ein gerechten Lohn zu erhalten für den Wohlstand aller; ein Programm für das Bevölkerungswachstum, der die Reduktion der Luftverschmutzung progressiert, die gerechte Verteilung und Besetzung des Grund und Bodens, sowie die passende Kontrolle der nicht erneuerbaren, natürlichen Ressourcen; die Verfügung technologischer Ressourcen zur Erhaltung von Flora und Fauna; die Festlegung von Grenzwerten für den ökonomischen Kapitalwachstum der es erlaubt, dass die Wissenschaft und die Technologie zur Verfügung für alle nach individuellem Glück Strebenden bereit gestellt werden können.

Die Herausforderung zu einer breiten Diskussion, der wir für die Überwindung der Krise der traditionellen Paradigmen und der durch das Recht gestellten Dichotomie privat/öffentlich, entgegnetreten müssen, wurde eröffnet. Überdies muss diese Dichotomie durch die Bildung von neuen Mechanismen überwunden werden. Diese Mechanismen müssen die transindividuellen Interessen berücksichtigen und den Phänomenen der Globalisierung sowie der Einmischung von außen, den physischen oder kulturellen Interventionen von einem Volk über ein anderes, mit dem Ziel einer territorialen Herrschaft oder eines wirtschaftlichen Jochs, entgegnetreten können.

Die Institutionen müssen ihren Blick auf die Straße richten. Die Notwendigkeiten der Bevölkerung sehen und für die Verminderung der Abstände, der Konflikte zwischen den erlassenen Gesetzen und den Bestrebungen derjenigen, die Erwartungen durch die Dynamik der sozialen Interaktion haben, kämpfen. Dafür ist der Kampf massgeblich für die Implementierung des Zugangs zum Recht, der es jedem ermöglicht, sein Recht einzufordern und seine Konflikte zu lösen.

Literaturverzeichnis:

ALONSO, Angela. **O positivismo de Luís Pereira Barreto e o Pensamento Brasileiro no Século XIX**. Coleção Documentos. Série Teoria Política. IEA/USP, São Paulo, v. 09, 1995.

BRASIL. Decreto-lei nº. 2.848, de 7 de dezembro de 1940. **Código Penal**(Das Strafgesetzbuch). São Paulo: Saraiva, 1980.

_____. **Decreto-lei nº. 3.689, de 3 de outubro de 1941**. Código de Processo Penal (Der Strafgesetzzordnung). São Paulo: Saraiva, 2012.

COMTE, Augusto. Curso de filosofia positiva. In: **Auguste Comte** - seleção de textos de José Arthur Giannotti; traduções de José Arthur Giannotti e Miguel Lemos. São Paulo: Abril Cultural, 1978a. (Os pensadores).

_____. Catecismo Positivista. In: **Auguste Comte** - seleção de textos de José Arthur Giannotti; traduções de José Arthur Giannotti e Miguel Lemos. São Paulo: Abril Cultural, 1978b. (Os pensadores).

HEGEL, G.W.F. **Fenomenologia do Espírito**. 5. ed. Tradução Paulo Menezes. Petrópolis: Vozes, 2008.

LINS, Ivan. **História do Positivismo no Brasil**. São Paulo: Companhia Editora Nacional, 1967.

LYNCH, Christian Edward Cyril. **O Poder Moderador na Constituição de 1824 e no anteprojeto Borges de Medeiros de 1933** - Um estudo de direito comparado. Brasília: Revista de Informação Legislativa, a. 47 n. 188 out./dez. 2010, S. 93-111.

LYRA FILHO, Roberto. *Para um direito sem dogmas*. Porto Alegre: Sergio Antônio Fabris Editor, 1980.

_____. **Carta aberta a um jovem criminólogo**. Rio de Janeiro: Achiamé, 1982.

_____. **O que é direito?** 5. ed. São Paulo: Brasiliense, 1985.

LOPES, José Reinaldo de Lima. **O direito na história**. São Paulo: Max Limonad, 2000.

MARX, Karl. **Manuscritos econômico-filosóficos**. Trad. Jesus Ranieri. São Paulo: Boitempo, 2004.

MILL, John Stuart. Sistema de lógica dedutiva e indutiva. In: **Jeremy Bentham/John Stuart Mill**. seleção traduzida por J.M.Coelho, 2. ed., Abril Cultural. São Paulo, 1979. (Os pensadores)

ROUSSEAU, Jean-Jacques. **Do Contrato Social: Ensaio sobre a Origem das Línguas**; Discurso sobre a Origem e os Fundamentos da Desigualdade entre os Homens. Seleção traduzida por Lourdes Santos Machado. São Paulo: Abril Cultural, 1978 (Os pensadores).

SANTOS, Boaventura de Sousa. **Um discurso sobre as ciências**. 8. ed. Porto: Afrontamento, 1996.

_____. **A construção Multicultural da Igualdade e da Diferença**. Coimbra: Ces. Oficina nº. 135, 1999.

TORRES, João Camillo de Oliveira. **O Positivismo no Brasil**. Petrópolis: Vozes, 1957.

WARAT, Luís Alberto; PÊPE, Albano M. Bastos. **Filosofia do Direito uma introdução crítica**. São Paulo: Editora Moderna, 1996.

Autores convidados